
Vorsitz: Polen**1363. PLENARSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES**

1. Datum: Donnerstag, 17. März 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr
Unterbrechung: 12.40 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Schluss: 16.25 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński

Der Vorsitzende begrüßte die neue Ständige Vertreterin Albanien bei der OSZE, Botschafterin Eglantina Gjermeni.

Vorsitz, Beigeordneter Hochkommissar des UNHCR für Einsatzfragen (PC.DEL/397/22), Generalsekretärin, Russische Föderation (Anhang 1), Kanada (Anhang 2), Exekutivdirektor des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER
RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE
UKRAINE

Vorsitz, Ukraine (Anhang 3), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, San Marino und der Ukraine) (Anhang 4), Schweiz (PC.DEL/399/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich (Anhang 5), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 6), Kanada (Anhang 7) (Anhang 8), Türkei (Anhang 9), Georgien (Anhang 10), Norwegen (Anhang 11), Moldau (Anhang 12), Belarus (PC.DEL/396/22 OSCE+), Australien

(Kooperationspartner) (Anhang 13), Litauen (Anhang 14), Parlamentarische
Versammlung der OSZE (PA.GAL/13/22 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

*Fortgesetzte Verbrechen der Ukraine mit Unterstützung durch eine Reihe von OSZE-
Teilnehmerstaaten: Russische Föderation (Anhang 15), Frankreich – Europäische
Union, Ukraine (Anhang 16), Deutschland (Anhang 17) (Anhang 18), Italien
(Anhang 19), Norwegen (Anhang 20), Kanada (Anhang 21), Frankreich (Anhang 22)*

Punkt 3 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES
AMTIERENDEN VORSITZENDEN

- (a) *Rede des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, im Sicherheitsrat der
Vereinten Nationen über die Schwerpunkte des polnischen OSZE-Vorsitzes am
14. März 2022 in New York: Vorsitz*
- (b) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit dem Präsidenten der
76. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, S. E. A. Shahid,
und mit der Vertretung der Vereinigten Arabischen Emirate (UAE) bei den
VN, die im März 2022 den Vorsitz im VN-Sicherheitsrat innehaben, am
14. März 2022 in New York: Vorsitz*
- (c) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit dem VN-General-
sekretär, S. E. A. Guterres, am 15. März 2022 in New York: Vorsitz*
- (d) *Telefongespräch des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit dem
Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, S. E. A. Blinken, am
11. März 2022: Vorsitz*
- (e) *Sondersitzung des Ausschusses zur menschlichen Dimension zum Thema der
Gewalt gegen Frauen in Konflikten am 22. März 2022 über Videokonferenz
(PC.GAL/26/22 OSCE+): Vorsitz*
- (f) *Erstes Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension im Jahr 2022 zum
Thema „Internationale Zusammenarbeit zur Befassung mit Verletzungen des
humanitären Völkerrechts und internationaler Menschenrechtsnormen“ am
28. und 29. März 2022 in Wien (CIO.GAL/27/22 OSCE+): Vorsitz*

Punkt 4 der Tagesordnung: BERICHT DER GENERALEKRETÄRIN

keine

Punkt 5 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Präsidentenwahl in Turkmenistan am 12. März 2022: Turkmenistan,
Russische Föderation (PC.DEL/401/22), Frankreich – Europäische Union,
Usbekistan, Kasachstan, Tadschikistan, Vereinigtes Königreich,
Aserbaidschan (PC.DEL/447/22 OSCE+), Türkei (PC.DEL/411/22 OSCE+),
Vereinigte Staaten von Amerika, Kirgistan*

- (b) *2. Antalya Diplomacy Forum vom 11. bis 13. März 2022: Türkei*
(PC.DEL/412/22 OSCE+), Aserbaidshan

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 24. März 2022 im Neuen Saal und über Videokonferenz



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1363

17 March 2022

Annex 1

GERMAN

Original: RUSSIAN

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 2

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

wir lehnen den vom Vorsitz angekündigten ersten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung des Ständigen Rates erneut ab. Wir stellen fest, dass der Vorsitz nach wie vor nicht willens ist, die Vorgaben der Geschäftsordnung der OSZE betreffend die Vorbereitung der Tagesordnung von Sitzungen des Ständigen Rates (Absätze IV.1(C)1 und IV.1(C)3) einzuhalten.

Wir erinnern daran, dass gemäß dem vom Ministerrat in Porto 2002 verabschiedeten Mandat der Amtierende Vorsitzende der OSZE verpflichtet ist, den gemeinsamen Standpunkt aller Teilnehmerstaaten unserer Organisation unter Berücksichtigung der ganzen Bandbreite ihrer Ansätze zum Ausdruck zu bringen, und nicht den einzelner Länder oder Ländergruppen. Erneut fordern wir die polnischen Vertreterinnen und Vertreter nachdrücklich dazu auf, zur Einhaltung der Regeln und Verfahren der OSZE zurückzukehren.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1363

17 March 2022

Annex 2

GERMAN

Original: ENGLISH

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 2

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KANADAS

Danke, Herr Vorsitzender.

Auch Kanada würde einen anderen Titel für diesen Tagesordnungspunkt bevorzugen. Wir würden die Formulierung „Die grausamen, unprovokierten und fortgesetzten rechtswidrigen Angriffe der russischen Streitkräfte auf die Zivilbevölkerung der Ukraine“ vorziehen. Wir akzeptieren jedoch, dass der von Ihnen vorgeschlagene Titel die Standpunkte aller Teilnehmerstaaten vielleicht noch am besten widerspiegelt, zumal die Ansichten eines Teilnehmerstaates völlig den Bezug zur Wirklichkeit verloren haben.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

gestern sagte Wladimir Putin, die russischen Soldaten täten ihr Bestes, um Opfer unter der Zivilbevölkerung in den ukrainischen Städten zu vermeiden.

Und in diesem Moment habe ich mich gefragt:

Wer sind die größeren Kriegsverbrecher – die, die befehlen, unschuldige Menschen zu töten, oder jene, die diese Befehle ausführen?

Wie gewissenlos muss man sein, um eine Bombe auf ein Theater mitten im Zentrum von Mariupol abzuwerfen, wo Hunderte Zivilpersonen, auch Kinder, Schutz vor den wahllosen russischen Angriffen suchten?

Zu seiner Rechtfertigung nutzte Moskau die übliche Strategie.

Die Ukrainerinnen und Ukrainer wurden beschuldigt, das Theater in die Luft gesprengt zu haben. Das ist nicht überraschend.

Wir alle erinnern uns, wie sie, auch der russische Vertreter hier, die ganze Welt angelogen haben, die russischen Streitkräfte hätten eine Entbindungsklinik in Mariupol zerstört, weil es sich in der Vorstellung Moskaus um ein militärisches Hauptquartier ukrainischer Nationalisten gehandelt habe

Was für eine schamlose Lüge.

Es ist unmöglich sich vorzustellen, wie verkommen man sein muss, um all diese Verbrechen zu begehen.

Und wie gewissenlos, um all diese unmenschlichen Taten schönzufärben.

Es ist unmöglich, die genaue Zahl der Opfer in Mariupol zu ermitteln – nach der wochenlangen Belagerung könnten es Zehntausende sein.

Doch die Grausamkeit der russischen Besatzer gegen die Zivilbevölkerung kennt keine Grenzen.

Jeden Tag bombardiert und zerstört Russland ukrainische Städte, greift Wohngebiete an und tötet Zivilpersonen.

Vorsätzlich. Systematisch. Erbarmungslos.

Gestern töteten russische Soldaten zehn Personen, die in Tschernihiw für Brot anstanden.

Zivilpersonen, die auf dem Weg von Mariupol nach Saporischschja waren, wurden von einem Grad-System beschossen. Dabei wurde ein Kind schwer verletzt.

Die russischen Streitkräfte nehmen Zivilpersonen, auch Ärztinnen und Ärzte und Patientinnen und Patienten, als Geiseln.

Bisher wurden in den 22 Tagen des russischen Krieges gegen die Ukraine über hundert Kinder getötet.

Dies zeigt das wahre Gesicht der zweitstärksten Armee. Das faschistische Gesicht.

Der russische Präsident rühmt auch gerne die russischen „Präzisionsschläge“ gegen die militärische Infrastruktur der Ukraine.

Tatsächlich hat Russland 3 500 zivile Infrastrukturobjekte in der Ukraine zerstört.

Kindergärten und Schulen, Universitäten und Krankenhäuser, Flughäfen und Tankstellen, Brücken und Wasserspeicher gehören zu den Hauptzielen.

Über 400 Bildungseinrichtungen, 111 Krankenhäuser und mehr als 2 700 Wohngebäude wurden beschädigt. Und diese Liste ist nicht vollständig. Sie wird länger und länger.

Alle diese Objekte haben keinen militärischen Wert. Und doch sind sie von Wert, wenn wir an das Ziel Russlands denken, „die Ukraine zu entnazifizieren“ oder mit anderen Worten „die ukrainische Frage“ endlich zu lösen, wie dessen Führer erklärte.

Die Wahrheit ist, dass die russischen Truppen weiterhin Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Ukraine begehen.

Sie tun dies systematisch, sodass kein Unterschied mehr zu ihren Nazi-Vorgängern vor 80 Jahren besteht.

Leider wiederholt sich die Geschichte auf unerwartete Weise.

In der Rede des berüchtigten Kriegsverbrechers vom 1. September 1939 lassen sich viele Ähnlichkeiten zur derzeitigen russischen Politik gegenüber der Ukraine finden.

Und ich bin der Beauftragten für Medienfreiheit für ihre gestrige Erklärung dankbar, in der sie vor gefährlichen Entwicklungen in Russland warnt. Nämlich vor der vollständigen Zensur und der Abschirmung der russischen Bürgerinnen und Bürger von unabhängigen Informationen.

Wir alle sind uns bewusst, was die Schaffung einer Orwell'schen Gesellschaft in Russland bedeutet.

Während der Angriffskrieg gegen die Ukraine vor dem Scheitern steht, hat sich die russische Führung bereits auf eine Kampagne gegen sogenannte nationale Verräter verlegt. Eine leicht vorhersehbare Entwicklung.

Es wäre interessant, von den russischen Diplomatinen und Diplomaten zu erfahren, wie stolz sie auf die „Erfolge“ ihres Landes sind.

Nach den Jahren, in denen sie vorgaben, Meister bei der Bekämpfung des Neonazismus zu sein.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

heute ist klarer denn je, dass die schwache Reaktion auf die versuchte Annexion der Krim 2014 ein Auslöser des derzeitigen Kriegs war.

Wie Sie sich erinnern, wurde am 16. März 2014 ein sogenanntes Referendum abgehalten, das eine Farce war.

Und zwei Tage später, am 18. März, beschloss der Kreml, es stehe in seiner Macht, die Grenzen in Europa gewaltsam zu verändern. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg.

Vor acht Jahren verletzte Russland auf eklatante Weise alle grundlegenden Prinzipien der OSZE und öffnete damit die Büchse der Pandora in Europa.

Die Besetzung der Krim war die erste Phase des Moskauer Plans, der die ukrainische Eigenstaatlichkeit zerstören und Russlands Einfluss in der Region ausweiten sollte.

Heute versucht Russland, das auf der Krim angewendete Szenario zu wiederholen und in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine neue Pseudo-Referenden abzuhalten.

Da es keine Unterstützung in der Bevölkerung hat, terrorisiert Russland die Menschen vor Ort.

Es entführt und exekutiert ukrainische Aktivistinnen und Aktivisten, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, Journalistinnen und Journalisten und Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Selbstverwaltungsorgane, die in den teilweise von der russischen Armee besetzten Regionen Donezk, Saporischschja, Kyjiw, Luhansk und Cherson leben.

Diesbezüglich sind wir für die gestrige Erklärung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte dankbar, in der die unverzügliche Freilassung und der

Schutz der demokratisch gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von ukrainischen Städten gefordert wird.

Es hat auch große Symbolkraft, dass der Internationale Gerichtshof (IGH) genau acht Jahre nach dem sogenannten Referendum auf der Krim am 16. März entschieden hat, dass die Russische Föderation ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine unverzüglich einzustellen hat.

Diese Anordnung ist nach dem Völkerrecht bindend. Und wir fordern Russland auf, sich unverzüglich an diese Anordnung zu halten.

Die Anordnung zu missachten, würde eine weitere Isolierung des derzeitigen russischen Regimes bedeuten.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

in der Entscheidung des IGH gestern wurde auch deutlich zum Ausdruck gebracht, dass das Gericht keine Anzeichen dafür festgestellt hat, was Putin als „Völkermord“ in der Ukraine bezeichnete und ihm als eine Rechtfertigung seines Angriffskriegs diene.

Daher ist der russische Angriff unprovokiert und beruht auf einer Lüge.

Es überrascht nicht, dass russische Amtsträgerinnen und Amtsträger begonnen haben, der Ukraine fälschlicherweise den Besitz nichtexistierender biologischer oder chemischer Waffen vorzuwerfen.

Dieser ganze Unsinn wurde bereits entkräftet und widerlegt, auch durch die Hohe Beauftragte der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen bei der Unterrichtung des VN-Sicherheitsrats am 11. März.

Doch wir kennen alle das Ziel solcher Falschmeldungen. Nämlich die Vernebelung der Möglichkeit eines Einsatzes nicht-konventioneller Waffen durch Russland.

Ich ersuche die russischen Diplomatinen und Diplomaten nach Moskau zu berichten, dass diese Falschmeldungen Russland nicht helfen werden, seine Verbrechen zu verschleiern. Dass es früher oder später unvermeidbar sein werde, international zur Verantwortung gezogen zu werden.

Anstatt Falschmeldungen zu fabrizieren, muss Russland einfach diesen Krieg beenden, seine Truppen abziehen, die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim, wiederherstellen und selbstverständlich die Verantwortung für alle seine völkerrechtswidrigen Handlungen und Verbrechen gegen den Weltfrieden und das ukrainische Volk übernehmen sowie garantieren, dass der Angriff sich nicht wiederholt, und zu den Grundsätzen des Völkerrechts zurückkehren.

Dies wäre im ureigenen Interesse Russlands.

Und wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, den Sanktionsdruck auf Russland aufrechtzuerhalten und zu verstärken, um den von den russischen Streitkräften in der Ukraine

begangenen Gräueltaten Einhalt zu gebieten und unser Land weiterhin bei der Verteidigung des ukrainischen Volks zu unterstützen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Herr Vorsitzender,

die Europäische Union verurteilt Präsident Putins vorsätzliche, unprovokierte, ungerechtfertigte und brutale Invasion eines unabhängigen und souveränen Staates auf das Allerschärfste. Der rechtswidrige Angriffskrieg Russlands muss sofort aufhören. Wir stehen an der Seite der Ukraine. Diese Botschaft der Unterstützung wurde auch Anfang der Woche von den Ministerpräsidenten dreier Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, der Tschechischen Republik, Polens und Sloweniens, übermittelt, die als Zeichen der europäischen Solidarität nach Kyjiw gefahren sind, um Präsident Selenskyj und Premierminister Schmyhal zu treffen.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geht heute in die vierte Woche. Drei lange Wochen des Terrors, der Verwüstung und einer beispiellosen humanitären Katastrophe für die Ukraine und ihr Volk. Diese Woche behauptete der Kreml, „dass die Operation gemäß dem ursprünglichen Plan verläuft und rechtzeitig und vollständig abgeschlossen werden wird“. Obwohl die russische Regierung seit dem Beginn ihres militärischen Aufmarsches entlang der ukrainischen Grenze im April 2021 die internationale Gemeinschaft angelogen hat, dies sei keine Vorbereitung für eine Invasion der Ukraine.

Seit Beginn des vorsätzlichen Kriegs von Präsident Putin wurden bei den unterschiedslosen Angriffen durch die russischen Streitkräfte täglich Zivilpersonen getötet, auch in und in der Nähe von Siedlungsgebieten. Diese vorsätzlichen Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte, und auch der unterschiedslose und unverhältnismäßige Einsatz von Sprengwaffen in bewohnten Gebieten, stellen inakzeptable Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar und können als Kriegsverbrechen eingestuft werden. Auch das Hohe Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte hat die Berichte über den unterschiedslosen Einsatz von Streumunition durch Russland, von dem die Zivilbevölkerung betroffen ist, bestätigt.

Die humanitäre Lage in der Ukraine verschlechtert sich weiterhin rapide und in einigen Städten ist sie katastrophal. Mariupol ist nach wie vor eingekesselt und steht unter

schwerem Beschuss. Bis heute wurden Berichten zufolge mindestens 2 187 Bewohnerinnen und Bewohner durch die Bombardierungen der russischen Streitkräfte getötet, auch in Wohngebieten. Laut dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz sind Hunderttausende Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt mit einer extremen Knappheit lebensnotwendiger Güter wie Nahrungsmittel, Wasser und Medikamente konfrontiert. Es fehlt ihnen auch an Heizung und Strom. Wir verurteilen die jüngsten Mörserangriffe, auch in der Nähe des Standorts der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM). Wir fordern erneut die sichere Evakuierung aller Menschen auf dem Gelände, darunter die lokalen Mitarbeiter der SMM und der griechische Generalkonsul.

Charkiw, Mykolajiw, Tschernihiw, Schytomyr und viele andere Städte stehen nach wie vor unter pausenlosem Artillerie-, Mörser- und Raketenbeschuss. Die russischen Truppen haben sogar einen Zug bombardiert, der auf dem Weg nach Kramatorsk war, um Zivilistinnen und Zivilisten zu evakuieren; dabei wurde ein Zugbegleiter getötet. Letzten Sonntag verübte Russland in einer weiteren provokativen Eskalation einen Luftangriff auf das Internationale Zentrum für Friedenssicherung in Lwiw, 25 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt, wobei 35 Personen getötet und mindestens 134 verletzt wurden.

Wir fordern Russland auf, seinen Verpflichtungen nach dem internationalen Völkerrecht vollständig nachzukommen. Es muss den sicheren und ungehinderten Zugang humanitärer Organisationen zu den Opfern und den Binnenvertriebenen in der Ukraine gewährleisten und die sichere Durchreise für diejenigen Zivilpersonen, die ausreisen möchten, erlauben. Darüber hinaus beklagen wir, dass viele Medienschaffende von nationalen und internationalen Medien im Zuge des russischen Angriffskriegs getötet oder verletzt wurden, und wir schließen uns der Aufforderung der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit an, dass deren Sicherheit gewährleistet werden muss.

Wir beklagen die unterschiedslosen Angriffe der russischen Streitkräfte auf verschiedene kerntechnische Anlagen, bei denen Atomkraftwerke und andere Nuklearanlagen gefährdet werden und ein ernsthaftes Risiko für einen größeren Atomunfall entsteht. Dies ist völlig inakzeptabel und äußerst besorgniserregend. Darüber hinaus ist wegen der Infrastrukturschäden im Land das Grund- und Oberflächenwasser verschmutzt. Wir haben auch die alarmierenden Berichte über das hohe Risiko einer Umweltkatastrophe im Schwarzen Meer zur Kenntnis genommen.

Nach wie vor fliehen jede Minute Menschen vor dem Angriff Russlands. Bis heute sind über drei Millionen Menschen in Nachbarländer geflohen und es gibt bereits mehr als zwei Millionen Binnenvertriebene. Nach Angaben des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) mussten 1,5 Millionen Kinder aus der Ukraine fliehen, was bedeutet, dass jede Sekunde ein ukrainisches Kind zum Flüchtling wird. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten arbeiten auf allen Ebenen daran, allen Flüchtlingen und den Ländern, die sie aufnehmen, humanitäre, medizinische und finanzielle Hilfe zur Verfügung zu stellen. Wir möchten der Republik Moldau für alle ihre Bemühungen unseren besonderen Dank ausdrücken und betonen unsere Bereitschaft, sie diesbezüglich weiterhin zu unterstützen.

Wir verurteilen auf das Schärfste, dass die russischen Streitkräfte demokratisch gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und andere Kommunalvertreterinnen und -vertreter entführt haben, darunter in Dniprorudne, und fordern deren unverzügliche Freilassung. Wir haben auch Berichte wahrgenommen, wonach Russland ein weiteres

gefälschtes, mit vorgehaltener Waffe durchgeführtes Referendum in Cherson und auch andernorts in der Ukraine planen könnte. Dies würde dem wohlbekanntem russischen Muster der Verfolgung von legitimen Regierungsvertreterinnen und -vertretern folgen. Um es klar zu sagen: die Europäische Union hat weder die rechtswidrige Annexion der Halbinsel Krim noch die zwei rechtswidrig selbsternannten Einheiten der Ukraine jemals anerkannt. Und wir werden niemals irgendeinen anderen Versuch anerkennen, das Gebiet eines souveränen Staates gewaltsam zu übernehmen. Russland wird für seine eklatanten Verletzungen der VN-Charta und der Schlussakte von Helsinki zur Rechenschaft gezogen werden.

Herr Vorsitzender,

das sind nur einige Beispiele für die Folgen der vorsätzlichen, unprovokierten, ungerechtfertigten und brutalen Invasion eines unabhängigen und souveränen Staates durch Präsident Putin. Die Gastredner des Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und des Welternährungsprogramms verdeutlichten in ihren Vorträgen diese dramatischen Folgen für die Ukraine und auf globaler Ebene. Dies ist ein Krieg. Ein geplanter Krieg. Ein Plan, eine souveräne, unabhängige und demokratische Nation zu zerstören – so lautet der Plan, von dem der Kreml unverfroren zu behaupten wagt, er werde „rechtzeitig und vollständig“ umgesetzt. Darauf wird eine angemessene Reaktion folgen. Gestern verabschiedete das Ministerkomitee des Europarats die Entscheidung, Russland aus der Organisation auszuschließen. Darüber hinaus begrüßt die Europäische Union die gestrige Anordnung des Internationalen Gerichtshofs und die vom Gericht gebilligten vorsorglichen Maßnahmen. Diese Anordnung bestätigt, dass der russische Angriff auf die Ukraine rechtswidrig ist. Wir begrüßen auch die Entscheidung des Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshofs, Ermittlungen wegen möglicher Kriegsverbrechen durch Russland in der Ukraine einzuleiten. Alle Verantwortlichen werden zur Rechenschaft gezogen werden.

Darüber hinaus bezeichnet Putins Regime jeden öffentlichen Widerspruch und Protest gegen seinen Angriffskrieg in der Ukraine oder dessen Missbilligung als „Russophobie“. Mit tiefer Besorgnis stellen wir fest, dass mit der russischen Aggression nach außen eine immer größere Unterdrückung der eigenen Bürgerinnen und Bürger Russlands einhergeht. Wir verurteilen die beispiellos harte Repression der Institutionen und Gerichte gegen die Menschenrechte und Grundfreiheiten und die totale Zensur in Russland. In dieser Zeit erleben wir, wie Russland die letzten Reste seiner demokratischen Fassade zerstört. Da jeder, der den Krieg als solchen bezeichnet, von 15 Jahren Haft bedroht ist, hat der Krieg zu einer Situation geführt, in der die Medien ihre Kontrollfunktion nicht mehr wahrnehmen können, indem sie das Vorgehen der Regierung offenlegen und den Bürgerinnen und Bürgern helfen, ihre Regierung zur Verantwortung zu ziehen. Bis heute wurden über 15 000 Menschen bei friedlichen Demonstrationen gegen den Krieg festgenommen. Wir loben die unabhängigen Medien, nichtstaatlichen Organisationen und mutigen Einzelpersonen wie Marina Owsjannikowa in Russland, die diesen Krieg beendet wissen wollen und weiterhin unter großem persönlichen Risiko die Werte der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Freiheit verteidigen und danach streben, das russische Volk über die wahre Lage vor Ort in der Ukraine zu informieren.

Und die Wahrheit ist, dass Russland gemeinsam mit dem beteiligten Lukaschenka-Regime in Belarus als Mitaggressor die volle Verantwortung für die Getöteten, die Verletzten und Verwundeten und die Zerstörung trägt. Die Europäische Union fordert, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich und bedingungslos einstellt, alle seine Truppen aus dem

gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht und die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer uneingeschränkt achtet. Dieser Forderung wurde von 141 Staaten durch die Verabschiedung der einschlägigen Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. März 2022 Ausdruck verliehen. Wir wiederholen auch unsere Forderung an Belarus, den russischen Angriff nicht weiter mitzutragen und seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Die Europäische Union unterstützt nachdrücklich das naturgegebene Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung und die Bemühungen der ukrainischen Streitkräfte, die territoriale Unversehrtheit der Ukraine und ihre Bevölkerung im Einklang mit Artikel 51 der VN-Charta zu verteidigen. Die Europäische Union wird weiterhin koordinierte politische, finanzielle, materielle und humanitäre Unterstützung leisten und wir haben gerade ein viertes Paket restriktiver Maßnahmen gegen Russland verabschiedet. Die Ukraine gehört zu unserer europäischen Familie. Wir stehen an der Seite der Ukraine.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹, das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielle Bewerberland Bosnien und Herzegowina und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen, sowie die Ukraine, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender. Ich danke dem Beigeordneten Hochkommissar der Vereinten Nationen für Einsatzfragen für seine heutige Unterrichtung. Wie er gerade sagte, haben wir diese Woche einen schrecklichen Meilenstein passiert – drei Millionen Menschen wurden zur Flucht aus der Ukraine gezwungen. Sie mussten fliehen, weil Präsident Putin beschlossen hat, Krieg zu führen. Wir sind Polen und anderen Nachbarländern für ihre Großzügigkeit und ihr Mitgefühl gegenüber den ukrainischen Flüchtlingen dankbar.

Hunderttausende Menschen haben ihre Heimstätten auch innerhalb der Ukraine verlassen, um an anderen Orten im Land Zuflucht zu suchen.

Wir sind dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) für die Unterstützung derjenigen, die aus ihren Heimstätten geflohen sind, dankbar.

Leider wird die Zahl der Vertriebenen wahrscheinlich weiter zunehmen, zumal Russland immer mehr ukrainische Ortschaften und Städte unter Beschuss nimmt. Letzte Woche gab es Berichten zufolge Angriffe auf Luzk im Nordwesten der Ukraine und Iwano-Frankiwsk.

Wie uns Martin Griffiths letzte Woche sagte, ist es unabdingbar, der Zivilbevölkerung sichere Durchreise zu gewähren, damit sie die Gebiete, in denen Kampfhandlungen stattfinden, in die von ihnen gewünschten Richtung verlassen können. Obschon wir die Berichte begrüßen, laut denen einige Zivilpersonen Mariupol am Dienstag verlassen konnten, sind wir nach wie vor besorgt über die Hinweise, dass Russland Evakuierungskorridore angegriffen hat. Die fortgesetzten Versuche Russlands, Zivilpersonen zur Flucht über Russland und Belarus zu zwingen, sind zynisch und nicht hinnehmbar.

Da die russische Regierung eine immer barbarischere Taktik verfolgt, sitzen inzwischen 12,7 Millionen Menschen in Gebieten fest, die vom Konflikt betroffen sind. Russland setzt Streumunition und thermobarische Raketen ein – Waffen, die darauf ausgerichtet sind, größtmöglichen Schaden anzurichten, wo immer sie zum Einsatz kommen.

Für die Zivilpersonen, die nicht in der Lage waren, eingekesselte Städte wie Mariupol und Wolnowacha zu verlassen, ist die Lage lebensbedrohlich. Sie werden nicht nur täglich

beschossen, sondern Hunderttausende Menschen sind mit einem akuten Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser und lebensrettenden Medikamenten konfrontiert. Wir sind schockiert über die zahlreichen Berichte, dass die russischen Streitkräfte ein Theater und ein Schwimmbad beschossen haben, in denen offenbar Menschen Schutz gesucht hatten. Herr Vorsitzender, wer kann die erschütternden Augenzeugenberichte von Zivilistinnen und Zivilisten in Mariupol hören, ohne von ihnen ergriffen zu sein? Ergriffen von der Wut auf die Handlungen der russischen Regierung und erfasst von der Entschlossenheit, die Verantwortlichen für die Gräueltaten vor Gericht zu bringen.

Und, Herr Vorsitzender, wer ist nicht von der Tapferkeit der Ukrainerinnen und Ukrainer berührt? Der Ukrainerinnen und Ukrainer, die gegen die Kontrolle des russischen Militärs in Cherson, Berdjansk und Melitopol protestieren. Wir sind tief besorgt angesichts der Berichte über Festnahmen von Demonstrantinnen und Demonstranten durch die russischen Streitkräfte in diesen Städten, sowie der Berichte über Entführungen und Misshandlungen von ukrainischen Aktivistinnen und Aktivisten, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern, Freiwilligen, Journalistinnen und Journalisten, Gesundheitspersonal und Regierungsvertreterinnen und -vertretern in den Gebieten der Ukraine, die von der russischen Armee kontrolliert werden. Russland muss alle rechtswidrig festgehaltenen Personen in der Ukraine unverzüglich freilassen.

Wie der geschätzte Botschafter der Vereinigten Staaten letzte Woche zu Recht betonte, kennen wir alle leider nur allzu gut die Ergebnisse der Bemühungen Russlands, den Widerstand gegen seine Präsenz in der Ukraine niederzuschlagen. Dieses Jahr jährt sich zum achten Mal die rechtswidrige Annexion der Krim durch Russland, die es mit einem Pseudo-referendum zu besiegeln und mit brutaler Unterdrückung durchzusetzen versuchte. Unsere Gedanken sind bei allen Ukrainerinnen und Ukrainern, die zu Unrecht festgehalten werden, nur, weil sie die Wahrheit ausgesprochen haben – nämlich, dass die Krim fester Bestandteil der Ukraine ist.

Der Versuch Russlands, die ukrainische Demokratie zu untergraben, ist ein nicht hinnehmbarer Missbrauch der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen.

Angesichts dieser abscheulichen Verletzungen der Grundfreiheiten durch Russland ist die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen wichtiger denn je. Wir begrüßen die Ernennung dreier namhafter Experten für die Durchführung einer unabhängigen Untersuchungsmission nach dem Moskauer Mechanismus; eine Mission, die von der Ukraine und 45 Teilnehmerstaaten unterstützt wird.

Das ist wichtig, denn, Herr Vorsitzender, was zählt, sind Fakten. Sogar die russische Regierung weiß, dass Fakten wichtig sind, sonst würde sie nicht so große Anstrengungen unternehmen, sie vor dem russischen Volk zu verbergen. Wie die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit hervorgehoben hat, hat Russland den Zugang zu mehreren Medienwebseiten blockiert und ein Gesetz über die Verbreitung sogenannter „Falschinformationen“ über die brutale Vorgehensweise der russischen Streitkräfte verabschiedet. Mehrere russische Medienschaffende haben angesichts der erdrückenden Einmischungen in die Redaktionsarbeit gekündigt. Einzelpersonen, die es wie Marina Owsjannikowa wagen, die Wahrheit zu verteidigen, müssen mit ihrer Festnahme rechnen.

Herr Vorsitzender, wir werden nicht tatenlos zusehen, wie Präsident Putin seinen Feldzug gegen das ukrainische Volk führt. Wir werden ihn für seine Verbrechen zur Verantwortung ziehen. Wir werden mit den Anklägern des Internationalen Strafgerichtshofs zusammenarbeiten, um ihnen zu helfen, die von ihnen benötigten Informationen zu erhalten. Und wir werden bei unseren Bemühungen, Gerechtigkeit walten zu lassen, nicht nachlassen. Dieses abscheuliche und barbarische Unterfangen muss scheitern. Wie lange es auch dauern mag, das Vereinigte Königreich wird dieses Ziel beharrlich und unbeirrt verfolgen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Heute ist der 22. Tag des unprovokierten Krieges von Präsident Putin gegen die Ukraine. Ich möchte zunächst die Gelegenheit nutzen, um die heldenhaften Journalistinnen und Journalisten zu würdigen, die jeden Tag ihr Leben riskieren, um die Wahrheit über diesen abscheulichen Krieg zu berichten. Eine Wahrheit, die Russland verzweifelt zu verbergen versucht. Mit großer Trauer nehme ich den Tod des amerikanischen Journalisten Brent Renaud am 13. März zur Kenntnis. Er wurde in der Nähe von Irpin getötet, während er an einer Dokumentation für die *TIME Studios* über das Leid der Flüchtlinge arbeitete. Am 14. März wurde der Kameramann von *Fox News* Pierre Zakrzewski bei einem Beschuss in der Nähe von Horenka getötet. Auch die Ukrainerin Oleksandra Kurschynowa wurde bei diesem Angriff getötet und Benjamin Hall, ein weiterer Journalist, der für *Fox* arbeitete, wurde verletzt. Mindestens zwei weitere ukrainische Journalisten wurden Berichten zufolge in diesen letzten drei Wochen getötet: Jewgenij Sakun, der bei dem Angriff Russlands auf den Kyjiwer Fernsehturm starb, und Wiktor Dudar, der in der Nähe von Mykolajiw getötet wurde.

Lassen Sie uns ihres Mutes gedenken und auch allen anderen Opfern dieses barbarischen Krieges unsere Ehre erweisen.

Die menschliche und humanitäre Katastrophe wird mit jedem Tag, mit jeder Stunde größer. Wir haben alle die alarmierenden Zahlen der Flüchtlinge, Binnenvertriebenen, Hungernden, Kranken, Obdachlosen, Getöteten und Verwundeten gehört. Aber die Zahlen werden dem Schrecken und dem Leid, das in der Ukraine geschieht, nicht gerecht. Wir sollten mit diesen menschlichen Kosten auf andere Weise umgehen.

Herr Vorsitzender,

letzte Woche haben viele Kolleginnen und Kollegen und ich in diesem Rat über die schreckliche Lage in Mariupol gesprochen. Mariupol, eine lebendige Hafenstadt mit fast 450 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die sich ans Ufer des Asowschen Meeres schmiegt – ist eine multikulturelle Stadt, in der Ukrainerinnen und Ukrainer, Russinnen und Russen, Griechinnen und Griechen, Armenierinnen und Armenier, Jüdinnen und Juden und

Angehörige vieler anderer ethnischer Gruppen Seite an Seite in Frieden leben. Ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft sind sie alle stolze Bürgerinnen und Bürger der Ukraine und nicht willens, den wahnhaften Eroberungsträumen eines Mannes ausgesetzt zu sein.

Doch im Laufe nur weniger Wochen haben die marodierenden Streitkräfte Russlands diese friedliche Stadt belagert und seine mit Bäumen gesäumten Boulevards und Wohngebäude verwüstet. Laut den Schätzungen ukrainischer Beamtinnen und Beamter kamen in Mariupol bereits 2 500 Zivilpersonen ums Leben und 350 000 sind ohne Strom, Wasser oder Heizung eingeschlossen. Erschütternde Luftaufnahmen zeigen die heillose Verwüstung der grundlegenden zivilen Infrastruktur von Mariupol, darunter Wohngebäude, Supermärkte, Krankenhäuser und öffentliche Gebäude. Und erst gestern haben wir die verheerende Bombardierung des Mariupoler Theaters gesehen, in dem Hunderte Menschen, unter ihnen auch Kinder, Schutz gesucht hatten. Tatsächlich war deutlich gekennzeichnet, dass sich Kinder im Gebäude befanden, doch Russland bombardierte es trotzdem. Es fehlen einem die Worte, um diese Grausamkeit und Bosheit zu beschreiben.

Wie ich letzte Woche in diesem Rat festgestellt habe, hatte Außenminister Lawrow tatsächlich – unglaublicher Weise – die Dreistigkeit, öffentlich zu erklären, dass Russland diese Kinder- und Entbindungsklinik in Mariupol absichtlich bombardiert hatte, da, wie er behauptete, sich dort „Nationalisten“ versteckt hielten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin sicher, Sie haben alle das schreckliche Bild der schwangeren Frau gesehen, die in eine rote Decke mit schwarzen Punkten eingehüllt auf einer Trage liegt. Sie wurde vor den schwelenden Ruinen dieser Kinder- und Entbindungsklinik in Mariupol fotografiert. Der Chirurg, der versuchte, ihr Leben zu retten, Dr. Timur Marin, sagte gegenüber der *Associated Press*, dass sie eine multiple Becken- und Hüftfraktur erlitten hatte. Die Sanitäter sagten, dass sie, als ihr bewusst wurde, sie würde ihr Baby verlieren, rief: „Tötet mich jetzt“. Als den behandelnden Sanitätern klar war, dass das Kind tot zur Welt gekommen war, versuchten sie, die Mutter wiederzubeleben, doch nach 30 Minuten gaben sie die Hoffnung auf.

Letzte Woche reagierte der russische Vertreter im Ständigen Rat mit Empörung, als die zivilen Opfer aus der Kinder- und Entbindungsklinik in Mariupol überhaupt nur erwähnt wurden. Seine Kolleginnen und Kollegen in der russischen Botschaft im Vereinigten Königreich gingen sogar noch einen Schritt weiter. Sie twitterten, die Frau auf diesem schrecklichen und nun im Internet verbreiteten Foto und die zahllosen anderen Patientinnen und Patienten, die im Krankenhaus fotografiert oder gefilmt wurden, seien „Krisenschauspieler“, die „geschminkt worden waren“, um wie Opfer auszusehen.

Herr Vorsitzender,

was für eine erbärmliche Schande. Zu versuchen, die Bombardierung einer Kinder- und Entbindungsklinik zu rechtfertigen. Was für eine elende Verkommenheit. Doch täuschen Sie sich nicht: Kein noch so großer Zynismus kann das Blut übertünchen, mit dem das Gewissen der russischen Vertreterinnen und Vertreter in diesem Rat und an allen anderen Orten befleckt ist.

In den letzten Tagen haben uns auch Berichte erreicht, wonach die russischen Streitkräfte hunderte Ärztinnen und Ärzte und Patientinnen und Patienten in einem anderen

Krankenhaus in Mariupol, dem größten der Stadt, als Geiseln genommen haben. Das sind schlicht und einfach Gräueltaten. Wie Präsident Biden sagte, ist die ganze Welt darüber entsetzt.

Herr Vorsitzender,

die Russische Föderation scheint so völlig den Bezug zur Wirklichkeit verloren zu haben, dass sie nur noch versuchen kann, alle Fakten zu eliminieren und sie durch Lügengeschichten zu ersetzen. Joseph Goebbels hat angeblich Folgendes gesagt: „Wenn man eine große Lüge erzählt und sie oft genug wiederholt, dann werden die Leute sie am Ende glauben“. Goebbels hatte natürlich Unrecht. Letztendlich wird sich Russland der Wahrheit bewusst werden, wie die mutige Tat von Marina Owsjannikowa gezeigt hat, die im Fernsehsender „Perwyj Kanal“ ein handgeschriebenes Plakat hochgehalten hat, das das Fernsehpublikum davor warnte, ihnen werde eine „große Lüge“ erzählt. Ich bin sicher, wir werden in den nächsten Tagen mehr solcher mutigen Taten sehen, denn die Wahrheit kommt unweigerlich ans Licht.

Jetzt hören wir, wie der Kreml unverfrorene Lügen über angebliche Aktivitäten im Zusammenhang mit chemischen und biologischen Waffen in der Ukraine verbreitet. Wie Außenminister Blinken letzten Monat dem UN-Sicherheitsrat dargelegt hat, erfindet Russland schlicht falsche Vorwände und versucht damit, seine eigenen schrecklichen Taten in der Ukraine zu rechtfertigen; ich habe dies bereits in diesem Rat als Musterbeispiel einer „Projektion“ beschrieben. Denn tatsächlich ist es Russland, das unter Verletzung des Völkerrechts lange ein Programm für biologische und chemische Waffen betrieb. Es waren russische Agenten, die das Nervengift Nowitschok eingesetzt haben. Niemand sonst. Liebe Kolleginnen und Kolleginnen, wir müssen somit alle wachsam bleiben, denn es ist ziemlich eindeutig, dass Russland möglicherweise plant, chemische und/oder biologische Kampfstoffe gegen die ukrainische Bevölkerung einzusetzen.

Herr Vorsitzender,

diese Woche jährt sich das von Moskau zum Schein inszenierte sogenannte „Referendum“ auf der besetzten Krim zum achten Mal. Wir erleben, wie dieses Szenario wiederholt wird, denn der stellvertretende Regionalrat von Cherson berichtet über Bemühungen der russischen Streitkräfte, Scheinwahlen abzuhalten. Niemand wird jemals diese Lügen glauben. Sie werden sich niemals aufrechterhalten lassen. Wir werden diese Lügengeschichten niemals dulden.

Nun zu dem, was wir tun, um die Ukraine angesichts dieses unprovokierten Kriegs zu unterstützen. Gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern, von denen viele hier versammelt sind, werden wir Kurs halten. Wir werden alles in unserer Macht Stehenden tun, um auf das Ende dieses tragischen, unnötigen Krieges zu drängen. Wie Präsident Biden gestern sagte, handelt es sich um einen „Kampf zwischen den Gelüsten eines Autokraten und dem Wunsch der Menschheit, frei zu sein“.

Gestern kündigte Präsident Biden 800 Millionen Dollar an zusätzlicher Sicherheitshilfe in Form von direkten Transfers von Gerät für das ukrainische Militär an, darunter 800 Stinger- und 2 000 Javelin-Raketen, um ihm bei der Verteidigung des Landes gegen die

unprovozierte und ungerechtfertigte Invasion Russlands zu helfen. Damit beträgt die Sicherheitshilfe der Vereinigten Staaten 1 Milliarde Dollar allein in der letzten Woche und zwei Milliarden Dollar seit Januar 2021. Seit Ende Februar haben wir humanitäre Hilfe in Höhe von fast 300 Millionen Dollar geleistet und wir werden die ukrainischen Binnenvertriebenen und auch die über drei Millionen Flüchtlinge jenseits der Grenzen unterstützen.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchte ich aus einer anderen Rede von Außenminister Lawrow vom 10. März zitieren, in der er sagte: „Uns wurde gesagt, die Ukraine gehöre uns; wir werden uns mit der Zukunft der Ukraine beschäftigen und eine Lösung finden.“ Ich sage ihm: Die Ukraine gehört nicht Ihnen. Weder gehört sie Russland noch irgendeinem anderen Land; sie gehört dem ukrainischen Volk. Die Ukraine ist eine souveräne Nation und wird sich nicht einer fremden Gewaltherrschaft beugen. Wir werden die Kräfte der Freiheit unterstützen und wir sind zuversichtlich, dass sie sich letztendlich durchsetzen werden.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte Sie, diese Erklärung dem Journal dieser Sitzung als Anhang beifügen zu lassen.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

ich möchte von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen, um auf die Erklärung von Belarus zu antworten.

Nach dem Bild, das unser belarussischer Kollege gerade von seinem Land gezeichnet hat, sorgt es sich über die ukrainischen Bürgerinnen und Bürger und versucht, ihnen zu helfen. Wenn Belarus der ukrainischen Zivilbevölkerung hätte helfen wollen, hätte es Russland nicht erlauben sollen, diesen Krieg von seinem Territorium aus zu beginnen. Dadurch hat es den Angriff auf die Souveränität der Ukraine und eine grausame Welle von Angriffen auf dessen Zivilbevölkerung ermöglicht. Und wenn ich die Perspektive, die sich der Außenwelt bietet, beschreiben darf, scheint es, dass Lukaschenko dies im Austausch für die Garantie Putins erlaubt hat, ihn dabei zu unterstützen, gegen den Willen der belarussischen Bevölkerung, wie er seit August 2020 durch friedliche Proteste gegen die derzeitige Regierung zum Ausdruck gebracht wird, an der Macht zu bleiben.

Unser belarussischer Kollege hat auch erklärt, sein Land sei gewillt, ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen, die vor dem Konflikt fliehen, der teilweise von seinem Territorium aus begonnen wurde. Doch ich frage mich: warum sollten ukrainische Zivilistinnen und Zivilisten, die vor der russischen Aggression zu fliehen versuchen und wollen, dass ihre Menschenrechte geschützt werden, darauf vertrauen, dass Belarus der richtige Ort wäre, wo sie dies erreichen könnten?

Ich möchte mich auch der Aussage des litauischen Botschafters anschließen, die einzige Möglichkeit von Belarus, der ukrainischen Zivilbevölkerung zu helfen, sei, sich selbst von Präsident Putin zu lösen.

Danke, Herr Vorsitzender.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Danke.

Ich möchte zunächst darum bitten, diese Erklärung und auch meine frühere Erwiderung zu diesem Tagesordnungspunkt dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Herr Vorsitzender,

ich möchte auch dem Beigeordneten Hochkommissar Mazou für seine aktuelle Unterrichtung heute Morgen danken und ihn bitten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) unseren Dank für ihre engagierte und überaus wichtige Arbeit zur Erleichterung der verheerenden Lage zu übermitteln, die durch die fortgesetzten unprovokierten und ungerechtfertigten Angriffe Russlands auf die Ukraine verursacht wurde.

Herr Vorsitzender,

während der Übertragung der Abendnachrichten am 14. März lief die Redakteurin des russischen Fernsehsenders *Perwyj Kanal* Marina Owsjannikowa mit einem Plakat in die Live-Übertragung, auf dem geschrieben stand: „Stoppt den Krieg. Glaubt nicht der Propaganda. Sie belügen euch hier.“ Frau Owsjannikowa blieben nur einige Sekunden, um den Zuschauern ihre Botschaft zu überbringen, bevor die Sendung abgebrochen und sie festgenommen wurde. Diejenigen, die nun in Russland über ihre mutige Demonstration berichten, dürfen natürlich nicht mitteilen, was auf Marinas Plakat stand, denn die Erwähnung des Krieges ist in Russland verboten. Wir haben dieses Wochenende bewegende Bilder von russischen Bürgerinnen und Bürgern gesehen, die festgenommen wurden, einer lediglich dafür, dass er ein leeres Plakat hochgehalten hatte. Sie gehören zu den über 15 000 Personen, die bisher für die Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung festgenommen wurden, weil sie den unprovokierten und barbarischen Krieg Russlands in der Ukraine in Frage stellen. So reagiert Russland auf die Wahrheit.

Herr Vorsitzender,

wir haben letzte Woche gehört, wie Herr Lawrow sagte, die Bombardierung des Krankenhauses in Mariupol sei legitim gewesen. Er behauptete, es sei von ukrainischen nationalistischen Kräften übernommen worden und während der Luftschläge seien keine Patientinnen und Patienten vor Ort gewesen. Die menschlichen Tragödien und das Leid der Opfer dieses schrecklichen Angriffs von Russland vermitteln der Welt etwas Anderes. Bei diesem Angriff wurden keine militärischen Ziele zerstört; Soldaten kamen bei diesem Angriff nicht zu Schaden. Die einzigen Opfer waren unschuldige Zivilpersonen, unter ihnen schwangere Frauen, Kinder und das Krankenhauspersonal, das den aufgrund ihrer Lage besonders schutzbedürftigen Menschen beistand.

Trotz der Desinformation und Propaganda, die Russland zu verbreiten versucht, kennen wir das wahre Ausmaß des Beschusses von medizinischer Infrastruktur und Wohnvierteln der Zivilbevölkerung durch die russischen Streitkräfte sowie ihrer Blockaden der humanitären Korridore. Seit wir hier letzte Woche über die Bombardierung der Entbindungsklinik in Mariupol gesprochen haben, hat es eine Flut von tragischen und schrecklichen Berichten gegeben, die uns täglich von internationalen humanitären Akteuren und von den eingeschlossenen Bürgerinnen und Bürgern in dieser Stadt erreichen. Erst gestern verübte Russland einen weiteren sinnlosen Angriff auf Zivilpersonen, wobei es das Theater im Herzen von Mariupol bombardierte, in dem Hunderte Frauen und Kinder Schutz gesucht hatten. Sie taten dies trotz der riesigen, gut lesbaren Aufschrift „дети“ – „Kinder“ – auf dem Boden vor dem Theater, die dazu diente, die Piloten in der Luft darauf aufmerksam zu machen, dass dies alles andere als ein militärisches Ziel war. Bald werden wir weitere ungeheuerliche Behauptungen hören, dies sei irgendwie doch ein legitimes Angriffsziel gewesen. Herr Vorsitzender, ich füge noch hinzu, dass wir heute früh erfahren haben, dass der Schutzraum glücklicherweise die russische Bombardierung überstanden hat, und dass die Menschen lebend herauskommen.

Herr Vorsitzender,

Mariupol ist nur ein Ziel für die russischen Raketen, die Streumunition und die humanitären Blockaden, die offenbar darauf ausgelegt sind, größtmögliches menschliches Leid zu verursachen. Russland wird für alle Kriegsverbrechen dort und in Kyjiw, Charkiw, Tschernihiw, Sumy, Ochtyrka, Hostomel und Irpin und an allen anderen Orten zur Rechenschaft gezogen werden, wo es rechtswidrig zivile Infrastruktur angreift, Krankenhäuser bombardiert, Politikerinnen und Politiker entführt oder ukrainische Zivilpersonen verhungern und verdursten lässt.

Diese Woche brachte der Internationale Gerichtshof seine tiefe Besorgnis über Russlands Gewaltanwendung in der Ukraine zum Ausdruck, die schwerwiegende Fragen des Völkerrechts aufwirft. Der Gerichtshof betonte, dass alle Staaten im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach der Charta der Vereinten Nationen und anderen Regeln des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts, handeln müssten. Das Gericht ordnete an, dass Russland seine militärischen Operationen in der Ukraine unverzüglich einzustellen hat. Kanada begrüßt die Einsetzung einer Expertenmission im Rahmen des Moskauer Mechanismus der OSZE diese Woche, die sich mit den menschenrechtlichen und humanitären Auswirkungen der Invasion und der Kriegshandlungen Russlands mit der Unterstützung Belarus' befasst, und auch die Einrichtung einer Untersuchungskommission

durch den UN-Menschenrechtsrat, die die völkerrechtlichen Verletzungen durch Russland in der Ukraine untersucht.

Schon vor der Invasion gab es keinerlei Rechtfertigung für Präsident Putins Krieg und nun sind wir einer Reihe von ungeschickten und unglaublichen Versuchen ausgesetzt, diesen nicht zu rechtfertigenden Krieg *post factum* zu rechtfertigen. Der jüngste davon sind die absurden Behauptungen über biologische Labore und chemische Waffen in der Ukraine und sogar die Unterstellung, die Ukraine entwickle Kernwaffen. Dies sind weitere durchschaubare Lügengeschichten, die, wie wir befürchten, in Wahrheit eine Vorstufe für die Inszenierung einer Operation unter falscher Flagge durch Russland sind, die möglicherweise chemische oder „schmutzige“ Waffen beinhaltet. Wie unser US-amerikanischer Kollege gerade und ich in meiner Erwiderung letzten Montag feststellte, ist es Russland, das seit Langem illegal chemische Waffen einsetzt. Wir sollten uns darüber im Klaren sein: Wenn chemische oder biologische Waffen gegen die ukrainische Bevölkerung eingesetzt werden, dann von den russischen Streitkräften.

Wir alle haben die von Russland angerichtete Zerstörung gesehen, doch ich möchte diesen Rat daran erinnern, dass die russische Delegation uns gegenüber behauptet hat, dass „keine Raketen-, Luft- oder Artillerieangriffe auf die Städte der Ukraine oder auf die Zivilbevölkerung verübt werden“. Im Rat der darauffolgenden Woche behaupteten sie wieder, „dass russische Truppen weder die Zivilbevölkerung der Ukraine bedrohen, noch zivile Infrastruktur beschießen“. Bevor Präsident Putin diesen Krieg in Gang setzte, behauptete er: „Wir haben nicht die Absicht, irgendjemandem irgendetwas mit Gewalt aufzuzwingen“.

Jede Erklärung, die die russische Delegation abgibt, wurde kurz darauf als das entlarvt, was sie ist – eine Lüge. Dies erinnert an die Worte der verstorbenen Autorin Elena Gorokhova aus ihren Memoiren über die Sowjetzeit: „Die Regeln sind einfach: sie belügen uns, wir wissen, dass sie lügen, sie wissen, dass wir wissen, dass sie lügen. Doch sie belügen uns weiter.“

Die freie Meinungsäußerung ist seit dem Beginn von Putins Krieg stark beeinträchtigt worden, doch wir fordern die russische Delegation mit allem Nachdruck auf, die Normen dieses Rates zu achten und ihn nicht zur Verbreitung von Desinformation und Propaganda zu nutzen. Wenn der russische Botschafter einen Dialog wünscht, muss dieser auf Fakten und der Wirklichkeit beruhen. Er muss hier in einen echten Dialog eintreten, anstatt die OSZE als Plattform zur Verbreitung von Desinformation zu missbrauchen, die sich an ein Publikum in seinem Land richtet.

Herr Vorsitzender,

die brutalen Angriffe auf zivile Infrastruktur und der sinnlose Tod unschuldiger Ukrainerinnen und Ukrainer ist grauenhaft. Kanada fordert Russland dringend auf, seine Angriffe unverzüglich einzustellen, seine Truppen aus der Ukraine abzuziehen und sich zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten über den Weg der Diplomatie zu bekennen.

Danke.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

wir sind dankbar für den ausführlichen Vortrag von Herrn Raouf Mazou, Beigeordneter Generalsekretär und Beigeordneter Hochkommissar für Einsatzfragen des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR). Herrn Mazous Vortrag ergänzt die Unterrichtung von Martin Griffiths, Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinator der Vereinten Nationen auf der letzten Sitzung des Ständigen Rates. Alle Informationen aus der Region aus erster Hand durch internationale Fachorganisationen wie das UNHCR sind wertvoll.

Bedauerlicherweise hat sich die humanitäre Tragödie seit dem letzten Treffen des Ständigen Rates stetig zugespitzt.

Nach Angaben des UNHCR sind bisher über drei Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Drei Millionen entwurzelte Menschen. Drei Millionen Menschen, die alles zurückgelassen haben. Darüber hinaus gibt es nun mindestens zwei Millionen Binnenvertriebene. Weitere 12,6 Millionen Menschen sind direkt betroffen. Sie haben mit eisigen Temperaturen und Hunger zu kämpfen.

Schätzungen des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen zufolge sind 60 Prozent der Flüchtlinge Kinder, die mit ihren älteren Angehörigen geflohen sind. Familien werden auseinandergerissen. Ein weiterer Anlass zu großer Besorgnis sind die fast 100 000 Kinder, die Hälfte von ihnen mit Behinderungen, die in Pflegeeinrichtungen und Internaten in der Ukraine leben.

Wie Herr Mazou ferner feststellte, ist dies auch eine „Krise für den Kinderschutz“ und es ist auch eine „Menschenhandelskrise“ in Bezug auf Frauen. Die Gefahren, denen alle diese Frauen und Kinder derzeit ausgesetzt sind, können mit keinen Gründen gerechtfertigt werden.

Wir lehnen den fortgesetzten Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine, der rechtswidrig und ungerechtfertigt ist, ab, wie wir auch die Entscheidung zur Anerkennung der sogenannten abtrünnigen Republiken Donezk und Luhansk abgelehnt haben.

Wir unterstützen nachdrücklich die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und ihrer Hoheitsgewässer.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich unseren nachdrücklichen und aufrichtigen Appell zur Erklärung einer sofortigen und dauerhaften Waffenruhe wiederholen.

Mein Land arbeitet unermüdlich mit allen Seiten an der Erleichterung einer friedlichen Lösung dieser Krise, auch durch die Ermöglichung des trilateralen Treffens auf hoher Ebene letzte Woche am Rande des *Antalya Diplomacy Forum*.

Unser Minister für auswärtige Angelegenheiten, S.E. Mevlüt Çavuşoğlu, war gestern in Moskau und wird heute auch die Ukraine besuchen. Wie Minister Çavuşoğlu bei seinem Besuch in Moskau sagte: „Das Blutvergießen und die Tränen müssen gestoppt werden. Der Krieg kennt keine Gewinner und der Friede keine Verlierer.“ Wir hoffen, dass alle laufende Gespräche den Weg für eine Rückkehr zum Dialog und zur Diplomatie ebnen werden.

Parallel dazu werden von türkischen Institutionen und Organisationen, darunter vom türkischen Roten Halbmond unter Koordination des Amtes für Katastrophen- und Notfallmanagement (AFAD) humanitäre Hilfseinsätze durchgeführt. Bisher wurden 21 Lkw-Ladungen mit humanitärer Hilfe in die Ukraine geliefert. Zwölf weitere Lkw sind auf dem Weg. Auch nach Moldau wurden drei Lkw-Ladungen mit humanitärer Hilfe geliefert.

Ein Team der AFAD ist am Grenzübergang Siret (an der ukrainisch-rumänischen Grenze) stationiert, um den zunehmenden Bedarf an humanitärer Hilfe in der Ukraine einzuschätzen und die laufenden Hilfseinsätze zu koordinieren. Ein Team mit Gesundheitspersonal des türkischen Gesundheitsministeriums befindet sich auch an diesem Grenzübergang, um die Notleidenden medizinisch zu versorgen. Auch Nahrungsmittelhilfe wird vom türkischen Roten Halbmond am Grenzübergang Porubnoje zwischen der Ukraine und Rumänien geleistet. Die Planungen für weitere Hilfe sind im Gang.

Herr Vorsitzender,

mein Land will Frieden, Ruhe und Wohlstand in seiner Region. Wir werden weiterhin entschieden auf Frieden drängen und das Völkerrecht achten. Wir sind bereit, jede Anstrengung in jedweder Form zu unterstützen, die uns einem friedlichen Ausweg aus dieser Lage näherbringt.

Herr Vorsitzender, ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

wir schließen uns der Erklärung der Delegation der Europäischen Union (EU) an. Erlauben Sie mir, als Vertreterin meines Landes noch einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Georgien verurteilt den fortgesetzten, unprovzierten und ungerechtfertigten Angriff Russlands gegen die Ukraine, eine eklatante Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und der Schlussakte von Helsinki, auf das Schärfste. Wir fordern Russland auf, die vorsorglichen Maßnahmen des Internationalen Gerichtshof vom 16. März einzuhalten, die Russland verpflichten, „die Militäroperationen, die es am 24. Februar 2022 auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine begonnen hat, unverzüglich einzustellen“.

Die Zahl der Opfer und die humanitären Auswirkungen dieser Aggression sind verheerend. Wir haben heute Morgen den Bericht des Vertreters des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR), R. Mazou, vernommen, der wieder einmal die zunehmend tragischen Folgen dieses Angriffskriegs bestätigt. Innerhalb von drei Wochen wurden über drei Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer, die meisten Frauen und Kinder, gezwungen zu fliehen und in den Nachbarländern Schutz zu suchen. Unter Verletzung des humanitären Völkerrechts bombardieren und beschießen die Besatzungskräfte weiterhin direkt, massiv und unterschiedslos ukrainische Städte, Ortschaften, Siedlungen und zivile Objekte, wie das Theater in Mariupol. Es ist erschütternd, dass diese Angriffe hunderte unschuldige Menschenleben fordern.

Laut den Vereinten Nationen kamen die meisten der offiziell verzeichneten Opfer durch den Einsatz von Explosivwaffen mit Flächenwirkung ums Leben, wie etwa Luftangriffe, Beschuss durch schwere Artillerie und Mehrfachraketenwerfer und Raketen.

Wir sind entsetzt über die Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten und medizinisches Personal und angesichts der Berichte über Vergewaltigungen, Entführungen und Hinrichtungen. Es gibt auch zahlreiche Berichte darüber, dass die russischen Streitkräfte in den vorübergehend besetzten Gebieten plündern und rauben, wobei sie auch Gewalttaten gegen die lokale Bevölkerung verüben und Häuser der Zivilbevölkerung in Beschlag nehmen.

Wir betonen noch einmal: Diese Angriffe müssen unverzüglich beendet werden. Humanitäre Korridore und Hilfslieferungen für alle Zivilpersonen müssen gewährleistet werden – für diejenigen, die beschließen zu bleiben, und für jene, die zur Flucht gezwungen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Szenario und die Handlungsmuster beim Vorgehen Russlands gegen seine Nachbarn gleichen einander. Angesichts der Pläne Russlands, ein Scheinreferendum im ukrainischen Cherson abzuhalten, und auch vor dem Hintergrund des bitteren achten Jahrestags des auf der Halbinsel Krim abgehaltenen Pseudoreferendums, das lediglich als falscher Vorwand für die illegale Annexion der Region durch Russland diente, wurden vor einigen Tagen, am 12. März, weitere sogenannte „Parlamentswahlen“ in der besetzten georgischen Region Abchasien durchgeführt. Im nächsten Monat, am 10. April, ist ein ähnliches rechtswidriges Vorhaben in der Region Zchinwali/Südossetien geplant, unter eklatanter Verletzung der Normen und Prinzipien des Völkerrechts. Diese sogenannten Wahlen sind in rechtlicher Hinsicht null und nichtig, doch sie stellen einen weiteren vergeblichen Versuch Russlands dar, die Besetzung des Hoheitsgebiets eines anderen Staates zu legitimieren.

Herr Vorsitzender,

wir fordern Russland auf, seine internationalen Verpflichtungen zu achten, das von der EU vermittelte Waffenstillstandsabkommen vom 12. August 2008 einzuhalten und seine rechtswidrige Entscheidung über die Anerkennung der sogenannten Unabhängigkeit der besetzten Gebiete Georgiens rückgängig zu machen.

Wir fordern Russland nachdrücklich auf, seinen Angriff in der Ukraine unverzüglich, vollständig und ohne Vorbedingungen einzustellen, alle Streitkräfte und Rüstungsgüter aus dem gesamten Hoheitsgebiet des Landes abzuziehen sowie allen internationalen humanitären und Menschenrechtsmechanismen sofortigen, sicheren und ungehinderten Zugang zu gewähren.

Abschließend möchte ich die unerschütterliche Unterstützung Georgiens für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, sowie für die Schifffahrtsrechte der Ukraine in ihren Hoheitsgewässern, bekräftigen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS

Herr Vorsitzender,

Norwegen hat sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung angeschlossen, möchte jedoch aus nationaler Sicht einige Anmerkungen hinzufügen.

Ich danke dem Beigeordneten Hochkommissar für Einsatzfragen des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR), Raouf Mazou, für seine Unterrichtung des Ständigen Rates. Er hat die schrecklichen Folgen von Russlands Krieg in der Ukraine in einen größeren Zusammenhang gerückt.

Vor drei Wochen beschloss der russische Präsident, einen totalen Krieg gegen seinen friedlichen Nachbar, die Ukraine, zu führen. Norwegen bekräftigt seine Verurteilung dieser Angriffshandlung, die unserer Auffassung nach das Völkerrecht eklatant verletzt.

Der russischen Invasion gingen fingierte Behauptungen und unbegründete Anschuldigungen voraus. Jeden Tag erreichen uns neue Lügen aus Moskau.

Nun hat Russland die haltlose Behauptung aufgestellt, dass die Ukraine aggressive Handlungen unter Einsatz von biologischen Waffen geplant habe. Ähnliche Vorwürfe wurden auch in Bezug auf die Produktion chemischer Waffen erhoben. Wir befürchten, dass diese Behauptungen vorgebracht werden, weil der Kreml möglicherweise den Einsatz chemischer Waffen als Teil eines Angriffs unter falscher Flagge vorbereitet.

Norwegen ist ein entschiedener Befürworter des Übereinkommens über biologische Waffen. Zusammen mit dem Chemiewaffenübereinkommen ist es einer der Grundpfeiler der Abrüstung und der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Wir möchten daran erinnern, dass Russland – als Vertragsstaat beider Übereinkommen – seine internationalen Verpflichtungen genauso achten muss wie alle Vertragsstaaten. Chemische und biologische Waffen können und dürfen nicht im Krieg eingesetzt werden.

Herr Vorsitzender,

wir sind zutiefst besorgt über die zunehmenden humanitären Folgen des Kriegs in der Ukraine. Und wir sind entsetzt über die mangelnde Achtung des humanitären Völkerrechts durch die russischen Streitkräfte.

Sie missachten völlig ihre Verpflichtung, die ukrainische Zivilbevölkerung zu schützen. Jeden Tag wird über den Beschuss von Krankenhäusern, Entbindungsstationen, Schulen, Wasserversorgungsanlagen, Sanitäreinrichtungen und Waisenhäusern berichtet. Mehreren Berichten zufolge wurden Bildungseinrichtungen und andere kritische zivile Infrastruktur bombardiert. Der Angriff auf das Theater in Mariupol ist ein weiteres Beispiel dafür.

Das ist nicht hinnehmbar und muss aufhören.

Nach Angaben des UN-Menschenrechtsbüros von Dienstag (15. März) wurden seit Beginn der russischen Invasion am 24. Februar über 691 Todesopfer unter der Zivilbevölkerung in der Ukraine bestätigt und über 1 143 Zivilpersonen wurden verletzt. Diese Zahlen sind entsetzlich, doch wir befürchten, dass die Wirklichkeit noch viel schlimmer ist.

Norwegen verurteilt jedwede Verletzung humanitärer Waffenruhen. Wir sind geschockt von den Berichten über gezielte Angriffe auf Zivilistinnen und Zivilisten, die vor dem Krieg fliehen.

Wir fordern Russland nachdrücklich auf, die sichere und unverzügliche Durchreise für diejenigen zu gewährleisten, die aus Mariupol und aus anderen vom Krieg betroffenen Gebieten in der Ukraine fliehen möchten.

Der Raum für humanitäre Hilfe muss wiederhergestellt werden und er muss in einer Weise geschützt werden, dass ein ständiger und dauerhafter Zugang zu humanitärer Hilfe gewährleistet ist.

Russland muss diesen Krieg jetzt beenden. Russland muss alle seine Streitkräfte abziehen. Und sich in gutem Glauben an der Suche nach einer politischen Lösung beteiligen.

Herr Vorsitzender,

erfreut haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Expertenmission nach dem Moskauer Mechanismus der OSZE ihre Arbeit aufgenommen hat. Unsere Organisation trägt nun dazu bei, Beweise für mögliche Menschenrechtsverstöße und -verletzungen, Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die möglicherweise von den russischen Streitkräften mit der Unterstützung durch Belarus auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine begangen wurden, zu dokumentieren und zu sammeln. Russland und Belarus sollten zur Kenntnis nehmen, dass dieser Mechanismus Sachverhalte minuziös ermitteln und in einem schriftlichen Bericht festhalten wird, sodass die Fälle vor andere internationale Institutionen gebracht werden können, um Einzelpersonen auf allen Ebenen zur Verantwortung zu ziehen.

Abschließend möchte ich auch der Generalsekretärin und den anderen Bediensteten der OSZE-Strukturen und -Institutionen für Ihre Bemühungen im Umgang mit dieser Situation danken. Wir sollten alle einschlägigen Kompetenzen in unserer Organisation mobilisieren, um uns mit dieser Lage entsprechend zu befassen.

Die OSZE ist so gut, wie die Mitgliedsstaaten es ihr erlauben. Nutzen wir – alle von uns – diese Organisation so wie es ursprünglich gedacht war. Es ist nicht hinnehmbar, dass vor allem ein Teilnehmerstaat offenbar nur den OSZE-Vorsitz und die OSZE-Strukturen behindern und einschränken möchte. Dieses Gremium ist kein Propagandakanal.

Lassen Sie uns alle zur Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in der gesamten OSZE-Region beitragen.

Danke.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MOLDAUS**

Herr Vorsitzender,

die Republik Moldau verurteilt den kriegerischen Akt der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf das Schärfste. Er stellt einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und eine schwerwiegende Verletzung der grundlegenden Prinzipien unserer Organisation dar. Der Krieg in der Ukraine findet direkt an der Grenze meines Landes statt.

Wir haben die Russische Föderation aufgefordert, die Anwendung militärischer Gewalt unverzüglich einzustellen und auf den Weg der Diplomatie und des Dialogs zurückzukehren, da dies die einzigen Mittel sind, um Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent zu gewährleisten. Die laufenden Militäraktionen sind für die Gespräche und Verhandlungen zwischen Kyjiw und Moskau nicht hilfreich und können es auch nicht sein.

In den letzten Wochen sind wir alle Zeugen des gewaltsamen Beschusses von ziviler Infrastruktur geworden, der unschuldige Opfer gefordert hat. Lassen Sie es uns klar und deutlich sagen: Es kann für dieses Vorgehen, das eine offensichtliche Verletzung des humanitären Völkerrechts darstellt, keine Entschuldigungen geben.

Als neutrales Land hat die Republik Moldau alle ihre Bemühungen darauf ausgerichtet, den Menschen zu helfen, die direkt von dem bewaffneten Angriff auf die Ukraine in Mitleidenschaft gezogen wurden und Schutz suchen.

Seit Beginn des Krieges haben mehr als 340 000 Menschen unsere Grenze überschritten. Rund 104 000 Personen haben beschlossen, in Moldau zu bleiben. Die große Mehrheit von ihnen sind Frauen und Kinder.

Dies bedeutet eine beträchtliche Anstrengung für ein Land mit einer Bevölkerung von weniger als drei Millionen Menschen. Trotz der großen Herausforderungen, sind wir entschlossen, ihnen zu helfen – und wir werden dies tun, solange es notwendig ist.

Gleichzeitig wird immer noch Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft zur Bewältigung dieser Herausforderungen benötigt und wir sind dankbar für die humanitäre

Hilfe, die wir von unseren Partnern erhalten, wie auch für die Hilfe zur Umleitung des Stroms von Flüchtlingen, die bereit sind, in andere Länder zu gehen.

Doch zuallererst ist dringend Hilfe und die Beteiligung der internationalen Gemeinschaft erforderlich, um die Militäraktionen zu beenden und den Frieden wiederherzustellen.

Herr Vorsitzender,

die OSZE-Feldpräsenz ist nach wie vor eines der wichtigsten Instrumente der OSZE, das den Teilnehmerstaaten unparteiische Informationen aus der Region zur Verfügung stellt. Und die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) hat sich bewährt. In Anbetracht der Erörterungen in der OSZE, nutzen wir diese Gelegenheit, um unsere nachdrückliche Unterstützung für die Verlängerung des Mandats der SMM zu erklären.

Abschließend möchten wir unsere volle Solidarität mit der Ukraine, ihren Menschen und ihren demokratisch gewählten Institutionen zum Ausdruck bringen. Die Republik Moldau bekräftigt ihre entschlossene und unverbrüchliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Moldau hat die rechtswidrige Annexion der Krim vor acht Jahren und auch die sogenannte Unabhängigkeitserklärung der beiden selbsternannten Einheiten der Ukraine niemals anerkannt.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION AUSTRALIENS (KOOPERATIONSPARTNER)**

Danke, Herr Vorsitzender.

Australien meldet sich heute zu Wort, um sich mit allem Nachdruck der Verurteilung der unprovokierten Invasion der Russischen Föderation in der Ukraine anzuschließen.

Die australische Regierung steht der Ukraine und allen unseren Verbündeten und Partnern solidarisch zur Seite, um Russland zur Verantwortung zu ziehen.

Das Vorgehen der Russischen Föderation stellt eine eklatante Verletzung der VN-Charta und ihres Verbots der Anwendung von Gewalt dar. Sie hat damit die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine rechtswidrig angegriffen.

Russlands Invasion ist nach dem Völkerrecht weder rechtswirksam noch gerechtfertigt.

Herr Vorsitzender, die Invasion Russlands hat zu Recht eine sehr starke – und weiterhin andauernde – Reaktion von Ländern in der gesamten indopazifischen Region hervorgerufen.

Die Liste der sogenannten „unfreundlichen“ Länder der Russischen Föderation veranschaulicht dies sehr gut: Neben unzähligen europäischen und anderen Ländern sind Australien, Japan, die Föderierten Staaten von Mikronesien, Neuseeland, die Republik Korea und Singapur darauf zu finden.

Herr Vorsitzender, die rechtswidrigen Handlungen Russlands stellen eine ernste Bedrohung für die internationale Stabilität und die grundlegende Achtung der souveränen Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit – die fundamentalen Prinzipien einer regelbasierten Weltordnung – dar.

Unter Präsident Putin hat Russland Vorwände für seinen unprovokierten Angriff auf seinen demokratischen Nachbarn erfunden.

Russlands Invasion der Ukraine geht mit einer großräumigen russischen Desinformations- und Propagandakampagne – sowohl in Russland selbst, als auch international – einher. Jeden Tag müssen die Russinnen und Russen sich in einer Welt zurechtfinden, die von den Lügen und der Desinformation geprägt ist, die ihre eigene Regierung verbreitet, zumal unabhängige Stimmen zum Schweigen gebracht werden.

Australien steht seinen internationalen Partnern zur Seite, um diesen falschen Narrativen entgegenzutreten.

Nach Ansicht Australiens kommt den OSZE-Mitgliedern eine wichtige Rolle dabei zu, die russische Desinformation und Propaganda aufzudecken.

Herr Vorsitzender, Australien stimmt sich mit Regierungen aus der ganzen Welt ab, um sicherzustellen, dass Russland für seine Invasion der Ukraine einen hohen Preis zahlt.

Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir rasche und harte Sanktionen in Gang gesetzt, die sich gegen über 450 einflussreiche russische Einzelpersonen und juristische Personen richten, die für den Versuch verantwortlich sind, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu untergraben.

Australien hat auch militärische Verteidigungshilfe in Höhe von 70 Millionen australischer Dollar zugesagt, um die Ukraine bei der entschlossenen Verteidigung ihrer Souveränität und ihres Hoheitsgebiets zu unterstützen.

Und wir haben die ersten 35 Millionen australische Dollar an humanitärer Soforthilfe zur Abdeckung der dringendsten Bedürfnisse der ukrainischen Bevölkerung zugesagt.

Insgesamt sind für Russland die Sanktionen wegen seines unprovokierten und nicht hinnehmbaren Angriffs auf die Ukraine mit hohen Kosten verbunden.

Australien wird weiter seinen Beitrag dazu leisten, um sicherzustellen, dass Russland für seinen Angriffskrieg in der Ukraine zur Verantwortung gezogen wird.

Herr Vorsitzender, ich möchte auch Australiens nachdrückliche Unterstützung für die Aktivierung des Moskauer Mechanismus betonen. Da wir jeden Tag die unterschiedslosen Angriffe auf unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten durch Russland erleben und zu beklagen haben, ist es von wesentlicher Bedeutung, die Fakten und Umstände rund um die menschen- und humanitärrechtlichen Auswirkungen von Russlands Invasion in der Ukraine festzustellen. Aus eben diesem Grund hat sich die australische Regierung 38 anderen Ländern angeschlossen, um dem Internationalen Strafgerichtshof die Situation in der Ukraine zu unterbreiten.

Wir müssen sicherstellen, dass die Verbrechen Russlands nicht ungestraft bleiben.

Abschließend, Herr Vorsitzender, bekräftigt Australien seine unverbrüchliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine und für die ukrainische Bevölkerung.

Wir stehen an der Seite der Ukraine.

Wir fordern Russland auf, alle feindseligen Handlungen einzustellen und alle seine Streitkräfte unverzüglich aus der Ukraine abzuziehen.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LITAUENS**

Herr Vorsitzender,

ich schließe mich der von der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an, möchte jedoch in Bezug auf die Delegation von Belarus von meinem Recht auf Erwiderung Gebrauch machen.

Niemand, der für die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich ist, die von Russland mit der Unterstützung durch Belarus in der Ukraine begangen wurden, wird sich dieser Verantwortung, auch nicht seiner/ihrer ganz persönlichen Verantwortung, entziehen können – egal ob es sich um die Drahtzieher dieser schrecklichen Verbrechen handelt, um militärische Befehlshaberinnen und Befehlshaber oder einfache Soldatinnen und Soldaten, Fabrikarbeiterinnen und Fabrikarbeiter, die die für die ukrainischen Städte bestimmten Bomben herstellen, um Propagandistinnen und Propagandisten oder um Diplomatinen und Diplomaten.

Am besten können Sie dem entgehen, indem Sie sich von allen diesen Kriegsverbrechen distanzieren, sie verurteilen und sich der internationalen Gemeinschaft anschließen, um diesem Blutvergießen Einhalt zu gebieten. Machen Sie sich nicht zu Komplizinnen und Komplizen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir stellen erneut fest, dass die Vertreterinnen und Vertreter Polens die Befugnisse des OSZE-Vorsitzes missbrauchen, indem sie versuchen, in der Organisation eine einseitige Sichtweise der Ereignisse in der Ukraine durchzusetzen. Lassen Sie uns Ihnen also ein vollständiges Bild der Geschehnisse vermitteln.

Wir beginnen mit dem abscheulichen Verbrechen vom 14. März durch ukrainische bewaffnete Formationen, die nahe der Ortschaft Krasnoarmijsk eine taktische Rakete vom Typ „Totschka-U“ auf einen dicht besiedelten Bezirk im Zentrum von Donezk abfeuerten. Den Luftverteidigungskräften der Volksrepublik Donezk (DNR) gelang es, sie abzuschießen und dadurch tragische Folgen in noch größerem Ausmaß zu verhindern. Dennoch fielen 21 Menschen den tödlichen Trümmerteilen der herabstürzenden Rakete zum Opfer und über 30 weitere wurden verletzt. Unter den Opfern waren auch Kleinkinder. Die von den ukrainischen bewaffneten Formationen eingesetzte Rakete enthielt Streumunition, die nach dem humanitären Völkerrecht verboten ist.

Die von Donezker Medien veröffentlichten schrecklichen Videoaufnahmen zeigen die Situation unmittelbar nach dem Raketenangriff – Zivilpersonen, die zur Hauptverkehrszeit auf einer belebten Straße neben einer Bankfiliale getroffen worden waren. Es gab keine Feuerstellungen der Streitkräfte in der Gegend, der Angriff war also gezielt gegen die Zivilbevölkerung gerichtet. Von dem Bild eines älteren Paares, das seine Beine verloren hatte und Hand in Hand auf dem Gehsteig liegend auf den Krankenwagen wartetet, kann niemand unberührt bleiben. Es ist unmöglich, ohne Schaudern die anderen Opfer – die blutüberströmten Körper der Toten ohne Köpfe, Arme oder Beine – zu sehen.

Wir sind empört darüber, dass der amtierende OSZE-Vorsitz und die Mehrheit der Teilnehmerstaaten diesem schrecklichen und tragischen Vorfall absichtlich keine Aufmerksamkeit gewidmet haben. In Bezug auf dieses von den ukrainischen Formationen gegen unschuldige Zivilpersonen verübte Kriegsverbrechen wurden weder Worte des Mitgefühls noch des Bedauerns geäußert. Auch erwähnte der Amtierende Vorsitzende der OSZE und Außenminister Polens, Zbigniew Rau, der an diesem Tag im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sprach, den Vorfall mit keinem Wort. Er betonte in seiner Rede, dass

„Unparteilichkeit dort endet, wo eklatante Verletzungen des Völkerrechts und des humanitären Rechts beginnen“. Offensichtlich sind für ihn diese Worte in Bezug auf die Einwohnerinnen und Einwohner des Donbass bedeutungslos – als würden diese Menschen überhaupt nicht existieren –, und auch für die, die offen für die ukrainischen bewaffneten Formationen Partei ergriffen haben und die von ihnen unter Verletzung des Völkerrechts und des humanitären Rechts verübten Gräueltaten *de facto* gutheißen. Anders ist nicht zu erklären, dass seitens der OSZE-Führung eine Reaktion auf diesen Vorfall völlig ausblieb.

Zu erwähnen ist, dass die erschütternden Bilder der Auswirkungen dieses verabscheuungswürdigen, unmenschlichen Angriffs von der Propaganda der ukrainischen Regierung und des Westens vielfach eingesetzt wurden, um angebliche Angriffe der russischen Streitkräfte auf Kyjiw zu illustrieren. Sie gehören zu ihrem Repertoire an Lügen.

Am darauffolgenden Tag wurde ein weiterer Einsatz einer Totschka-U-Rakete, die auf die Ortschaft Makijiwka in der DNR abgefeuert wurde, verzeichnet. Nach Angaben der Behörden forderte am Abend des 15. März ein Angriff ukrainischer bewaffneter Formationen auf den Wohnbezirk Solnetschnij vier Opfer, darunter ein Kind. Glücklicherweise wurde auch dieser „Gruß“ des Kyjiwer Regimes an die Zivilbevölkerung abgeschossen. Andernfalls wäre eine wesentlich größere Katastrophe nicht zu verhindern gewesen.

Darüber hinaus wurden am 12. März in Donezk bei dem Beschuss durch andere Waffentypen viele Wohngebäude und auch eine Moschee im Stadtbezirk Kuibyschiwskyj zerstört. Dies alles bestätigt einmal mehr, dass die nationalistische Regierung der Ukraine entschlossen ist, weiterhin Krieg gegen die Zivilbevölkerung der DNR und der Volksrepublik Lugansk (LNR) führen, wie sie es bereits seit acht Jahren im Zuge ihrer Strafoperation im Donbass tut.

Die russische militärische Spezialoperation in der Ukraine soll der bewaffneten Gewalt in der Ukraine Einhalt gebieten. Dabei werden gezielte Angriffe ausschließlich gegen militärische Einrichtungen durchgeführt, von denen seit Beginn der Militäroperation bereits rund 4 000 zerstört wurden.

Darüber hinaus wurden Sammelpunkte für ausländische Söldnertruppen und ihre Transitstützpunkte, darunter Waffenlager, eliminiert. Am 13. März wurden militärische Ausbildungszentren in der Ortschaft Staritschi und auf dem Truppenübungsplatz Jaworiw in der Region Lwiw im Zuge eines Angriffs mit Hochpräzisionswaffen neutralisiert. In den dortigen Einrichtungen erhielten Ausländer eine taktische Gefechtsausbildung, bevor sie in den Kampfgebieten gegen russische Soldaten eingesetzt wurden. Bereits zuvor war eine größere Gruppe von Söldnern in Tschernihiw ausgeschaltet worden. Wir stellen fest, dass eine Reihe von Ländern bewusst die Entsendung von „Glücksrittern“ unterstützt, damit sie an Kampfhandlungen in der Ukraine teilnehmen. Wir betonen, dass die Verantwortung für den Tod dieser Kategorie von ausländischen Staatsangehörigen in der Ukraine einzig und allein bei der Führung derjenigen Staaten liegt, die diese Art des „militärischen Tourismus“ dulden. Wir weisen auch auf die Tatsache hin, dass diese Söldner in einer Reihe von NATO-Ländern in den ukrainischen diplomatischen Vertretungen überprüft, befragt und angeworben werden und dort auch die Logistik für deren Verbringung über die Grenze sichergestellt wird.

Darüber hinaus liefern nach wie vor nicht wenige Länder des Bündnisses den ukrainischen Formationen tödliche Waffen, deren Einsatz die Zivilbevölkerung und die zivile

Infrastruktur trifft. Erst kürzlich billigte der Kongress der Vereinigten Staaten die Parameter des Staatshaushalts für das nächste Haushaltsjahr. Er sieht Mittelzuteilungen in Höhe von rund drei Milliarden US-Dollar für die Lieferung tödlicher Waffen an die Ukraine vor. Gestern kündigten die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Absicht an, in naher Zukunft 800 tragbare Flugabwehrsysteme, Tausende Panzerabwehrsysteme, Kleinwaffen und Granatwerfer und bis zu 20 Millionen Schuss Munition an das Kyjiwer Regime zu liefern. Außerdem ist geplant, 500 Millionen Euro aus Mitteln der Europäischen Union für Waffen und militärische Güter zur Verfügung zu stellen, wovon ein wesentlicher Teil von der Europäischen Friedensfazilität finanziert wird. Welch böse Ironie. Bei Orwell heißt es: „Krieg ist Frieden.“

Es ist bereits klar, dass der Westen nicht an den Besonderheiten der engen historischen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine in all ihrer Komplexität interessiert ist und das Territorium unseres Nachbarlandes ausschließlich als Schauplatz einer geopolitischen Auseinandersetzung mit der russischen Regierung sieht, für die militärische Unterstützung für die ukrainischen bewaffneten Formationen, darunter Neonazi-Schlägertrupps, bereitgestellt wird. Das hat nichts mit der Sorge um das Schicksal der Ukrainerinnen und Ukrainer selbst zu tun. Wir weisen darauf hin, dass die Entscheidungen der westlichen Länder, die Ukraine militärisch zu stärken, ganz gezielt die Absicht verfolgen, die Kampfhandlungen zu verlängern, die Lage der Zivilbevölkerung zuzuspitzen und die humanitäre Krise in der Region zu vertiefen.

Darüber hinaus erhellen immer mehr Fakten die Hintergründe von Waffenlieferungen an die Ukraine unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe. Am 15. März berichteten zum Beispiel die italienischen Medien, dass Bedienstete des Flughafens Galileo Galilei in Pisa verschiedene Waffengattungen, Uniformen und Sprengstoffe in Kisten entdeckten, die als humanitäre Hilfsgüter gekennzeichnet und für die polnische Grenzstadt Rzeszów bestimmt waren, von wo aus sie in die Ukraine weitergeleitet werden sollten. Die entrüsteten Gewerkschaftsvertreter des Flughafenpersonals verweigerten sogar die Verladung der Fracht auf das Luftfahrzeug. In einem anderen Fall wurde der lettische Staatsbürger Mārtiņš Viļums „aufgedeckt“. Nach Angaben der ukrainischen Medien lieferte er regelmäßig in einem Kleinbus mit der Aufschrift „Humanitäre Hilfe“ militärische Güter über Polen in die Oblast Winnyzja.

Mit den ihnen ausgehändigten Waffen schrecken die ukrainischen Formationen, die von sogenannten „Ausbildnern“ aus NATO-Ländern für Einsätze im urbanen Gelände geschult werden, auch nicht davor zurück, Kampfmethoden und -formen anzuwenden, die davor im Nahen Osten mit der Unterstützung derselben westlichen Länder „getestet“ worden waren. Indem sie hinter Zivilpersonen in Deckung gehen, die sie als „menschliche Schutzschilder“ missbrauchen, und Feuerstellungen in dicht besiedelten Gebieten in der Nähe von oder in öffentlichen Einrichtungen, Schulen und Krankenhäusern aufstellen, verursachen die bewaffneten Nationalisten mit ihren Aktionen zahlreiche unschuldige Opfer.

So verwendeten etwa in der befreiten Stadt Wolnowacha (DNR) ukrainische Formationen das städtische Krankenhaus als Feuerstellung. Einer der Spitalsärzte bestätigte das den Medien gegenüber in einem (öffentlich zugänglichen) Video. Er sagte, dass Granatwerfer und kleine Waffen am Boden des Gebäudes aufgestellt wurden und dass die Entbindungsstation mit Sprengstoff gefüllt wurde. Während die Nationalisten vom Fenster des Krankenhauses aus schossen, nahmen die Ärztinnen und Ärzte sowie die Patientinnen und Patienten (an die 500 Personen) Schutz im Keller. Anschließend beschossen die sich zurückziehenden

ukrainischen Formationen das Krankenhausgebäude von einem Panzer und einem Mehrfachraketenwerfer des Typs Grad aus. Am 13. März leitete die russische Untersuchungskommission ein Strafverfahren über die Ereignisse im Krankenhaus von Wolnowacha ein.

Hier ein weiteres Beispiel: Während der Befreiung der Stadt Popasna in der Volksrepublik Luhansk entdeckten die Verbände der Volksmiliz aus der LNR Stellen, an denen in der Nähe der Stadtbahnlinie Massaker an Zivilpersonen verübt worden waren. Berichten zufolge führten die zurückweichenden ukrainischen Streitkräfte die Menschen aus den Kellern hinaus und nutzten sie als „menschliche Schutzschilder“, um hinter ihnen in Deckung zu gehen. Diejenigen, die Widerstand leisteten oder zu fliehen versuchten, wurden erschossen.

Diese Woche kam es in Mariupol zu einer besonders kritischen Situation, als Hunderttausende von Zivilpersonen auf diese Weise in Geiselhaft genommen wurden. Ukrainische Nationalistinnen und Nationalisten verminnten sämtliche Zugangsstraßen zur Stadt, sprengten Brücken und machten Wohngebiete, Kindergärten und Schulen, Gesundheitseinrichtungen und andere zivile Infrastruktur zu Militärstützpunkten. Sämtliche Aufforderungen der russischen Seite an die Regierung in Kyjiw, sicherzustellen, dass sich Zivilpersonen in Sicherheit bringen können, wurden zur Gänze ignoriert. Am 14. März gelang es Sondereinsatzkräften der russischen Streitkräfte unter anderem, Feuerstellungen zu zerstören, die von den Nationalisten am Stadtrand eingerichtet worden waren. Der Durchbruch nach Mariupol ermöglichte die Eröffnung humanitärer Korridore und den Beginn der Evakuierung seiner Einwohner, für die über 200 Busse organisiert worden waren. Mit dem Konvoi von Privatfahrzeugen verließ auch lokales Personal der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) die Stadt.

Im Übrigen wurden laut verlässlichen Informationen, die wir direkt aus Mariupol erhalten haben, bereits im Februar mehrere Fahrzeuge der SMM samt Schlüsseln an Kämpfer des nationalistischen Asow-Bataillons übergeben. Im Rahmen ihrer Bemerkungen an den Ständigen Rat am 3. und 7. März erklärte die OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid, dass „die lokalen Missionsmitglieder weiterhin die Fahrzeuge [der SMM] zur Übersiedelung verwenden“ und dass „unbegründete Behauptungen, sie seien von den Militärs requiriert worden, gefährlich sind. Sie gefährden das Leben von ... Menschen, die weiterhin an der Evakuierung und Übersiedelung ... unter Verwendung von Fahrzeugen mit dem OSZE-Logo beteiligt sind.“ Da drängt sich folgende Frage an Helga Schmid auf: Waren Sie nicht richtig über das Schicksal der SMM-Fahrzeuge in Mariupol informiert, oder haben Sie absichtlich die Tatsache verschleiert, dass diese in die Hände des ukrainischen nationalistischen Bataillons geraten waren? Und warum haben Sie die Tatsache verheimlicht, dass Asow-Kämpfer lokalen SMM-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Gewalt gedroht haben? Können Sie dies nun, da das Missionspersonal Mariupol verlassen hat, bestätigen?

Am 16. März kam es zu einer weiteren entsetzlich grausamen Provokation in dieser Stadt. Einige Tage davor hatten Asow-Kämpfer Hunderte Zivilpersonen, darunter Frauen, Kinder und ältere Menschen, im Gebäude des Mariupoler Theaters versammelt. Im Inneren des Gebäudes war jede Menge Sprengstoff eingelagert worden, wie Einwohnerinnen und Einwohnern von Mariupol berichteten, die rechtzeitig aus der Stadt flüchten konnten. Eine Frau aus der Stadt erzählte davon auf einem Video (das über die Medien verfügbar ist). Außerdem waren am 13. März auf sozialen Medien Augenzeugenberichte über die Vorbereitungen dieser Provokation durch die ukrainischen Nationalisten veröffentlicht worden.

Gestern wurde das Gebäude mit allen Zivilistinnen und Zivilisten, die darin Schutz gesucht hatten, in die Luft gesprengt. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurde kein Luftangriff vom russischen Militär durchgeführt, und das Gebäude war nie als Ziel betrachtet worden. Die ukrainischen Nationalisten haben ein weiteres blutiges Verbrechen, eigentlich eine terroristische Handlung, gegen die Bevölkerung von Mariupol verübt.

Lassen Sie uns nun zum Thema der Evakuierung der Zivilbevölkerung kommen. In erster Linie von humanitären Überlegungen geleitet und um die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, hat die Russische Föderation täglich einige humanitäre Korridore in Kyjiw, Tschernihiw, Sumy und Charkiw eröffnet (mindestens bereits 13). Die russische Seite hat auch Tag für Tag allen zusätzlichen humanitären Korridoren zugestimmt, die von der ukrainischen Regierung vorgeschlagen wurden. Gleichzeitig wurde jedoch von den Behörden in Kyjiw kein einziger Korridor in die Russische Föderation bestätigt. Und das obwohl Russland bereits über 2,6 Millionen Ersuchen aus fast 2 000 Orten in der Ukraine mit Namen und Adressen von Personen erhalten hat, die konkret in das Hoheitsgebiet unseres Landes reisen möchten.

Dennoch werden sie direkt daran gehindert, nach Russland zu reisen. In der Region Sumy zum Beispiel nahmen vor Kurzem ukrainische Nationalisten an die 450 Zivilpersonen fest, die sich in die Oblast Kursk in der Russischen Föderation aufmachen wollten, und zwangen sie zur Umkehr. Gestern beschossen in der Nähe von Charkiw ukrainische Nationalisten einen Flüchtlingskonvoi und töteten vier Menschen und verletzten einige andere. Darüber hinaus befinden sich weiterhin im gesamten Kampfgebiet über 6 000 Personen aus 22 Ländern in der Geiselhaft der Nationalisten, so auch die Mannschaften von 70 ausländischen Schiffen, die aufgrund der extremen, vom Kyjiwer Regime durch die Verlegung von Minen in den inneren Gewässern und Hoheitsgewässern der Ukraine hervorgerufenen Bedrohung in ukrainischen Häfen sowie aufgrund der möglichen Provokationen der ukrainischen Streitkräfte von der Küste aus festsetzen.

Die Vorgehensweise der ukrainischen Regierung, ihren Staatsangehörigen das Recht auf eine sichere Evakuierung nach Russland zu verweigern, scheint darauf abzuzielen, eine humanitäre Krise in Europa hervorzurufen. So kommen weiterhin viele Menschen aus der Ukraine in EU-Ländern an. Trotz all der Hindernisse hat die Russische Föderation seit Beginn der militärischen Spezialoperation dafür gesorgt, dass über 258 000 Menschen, darunter 56 100 Kinder, sicher in ihr Hoheitsgebiet einreisen konnten. Über 9 500 Notunterkünfte sind weiterhin in unserem Land in Betrieb.

Gleichzeitig werden alle notwendigen Voraussetzungen für ein friedliches und sicheres Leben in den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Gebieten geschaffen und der ungehinderte Zugang zu humanitärer Hilfe für die Bevölkerung sichergestellt. Es hat bereits 349 humanitäre Hilfsaktionen gegeben, bei denen an die 3 000 Tonnen humanitäre Hilfsgüter geliefert wurden.

Wir machen auf die Versuche aufmerksam, den Tod des US-amerikanischen Staatsbürgers Brent Reno am 13. März zu instrumentalisieren, der einen Ausweis der *New York Times* bei sich trug. Nach Aussagen seines Kollegen, der zum Zeitpunkt des Beschusses der Außenbezirke der Stadt Irpin (Oblast Kyjiw) neben ihm stand, wurde der Amerikaner durch Schüsse aus einem Kontrollposten ukrainischer Formationen getötet, die die Stadt völlig

unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Dennoch haben wir die ganze Zeit im Zusammenhang mit Brent Renos Tod haltlose Anschuldigungen gehört, die auch von Seiten offizieller Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Länder an das russische Militär gerichtet wurden.

Was die in diesem Saal vernommenen Behauptungen in Bezug auf die Natur der militärischen Spezialoperation Russlands anbelangt, versuchen offensichtlich einige Teilnehmerstaaten hartnäckig, die Manifestationen von aggressivem Nationalismus, Neonazismus und Fremdenfeindlichkeit in der Ukraine zu übersehen. Die Menschen in der Ukraine, die diesen nach dem Staatsstreich im Februar 2014 hochgekommenen und Hass und Gewalt gegen Russland und alles Russische verbreitenden Ideologien anhängen, werden vom Westen nicht verurteilt. Wir sind auch äußerst erstaunt darüber, dass die Führung und die Funktionsträger und -trägerinnen der OSZE es vorziehen, nicht auf sie zu reagieren.

Während einer Telethon-Sendung am 15. März vor einem großen Publikum auf dem nationalen ukrainischen Fernsehkanal 24 rief der Fernsehsprecher Fahrudin Sharafmal in der Live-Übertragung dazu auf, Russinnen und Russen gemeinsam mit ihren Kindern zu töten. Er zitierte insbesondere einen der Urheber und Aufseher des Holocaust, den Nazi und Kriegsverbrecher Adolf Eichmann: „Um ein Volk zu zerstören, muss man zuerst seine Kinder töten.“ In Bezug auf die Russinnen und Russen in der Ukraine sagte der ukrainische Fernsehmoderator, er sei ein Anhänger der Doktrin Eichmanns und würde alles in seiner Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass keine Russinnen und Russen mehr mit ihren Kindern auf diesem Planeten lebten. Er betonte, dass er, sollte er die Möglichkeit bekommen, Russinnen und Russen beiseite zu schaffen, es „auf jeden Fall tun würde“, und versprach, als „einer der ersten“ russische Familien abzuschlachten. Die Videoaufnahmen dieser Sendung sind öffentlich zugänglich. Ich würde gerne eine Reaktion des Vorsitzes und auch der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, Teresa Ribeiro, darauf hören. Oder werden Sie erneut beschämt schweigen? Wir möchten betonen, dass die Rehabilitierung und Förderung der nationalsozialistischen Ideologie, die weder auf dem europäischen Kontinent noch sonst wo auf der Welt Platz hat und auch nicht haben sollte, seit Langem in der Ukraine äußerst aktiv vorangetrieben wird.

Apropos europäische Länder: Wir haben bereits auf Erscheinungsformen der Russophobie hingewiesen, die sich – etwas, das für zivilisierte Staaten absolut inakzeptabel ist, – in Schikanen einfacher Menschen und politisch motivierter Ablehnung der beruflichen Tätigkeit russischer Persönlichkeiten in Wissenschaft, Kultur und Kunst äußern. Russinnen und Russen werden aus der Geschichte Europas „gelöscht“. Auch in diesem Saal wurde bereits bei zahlreichen Anlässen eine für Russland beleidigende Sprache verwendet, die im Rahmen professioneller Diplomatie inakzeptabel ist und die diejenigen, die sich ihrer bedienen, auf die Ebene von, sagen wir mal, Zeitungshändlern versetzt. Dazu kann ich nur eines sagen: Vorsicht! Europa hat diese Situation in seinen Beziehungen mit Russland bereits öfters durchgespielt, und es ist nie etwas Gutes dabei herausgekommen. Und das wird es auch diesmal nicht – selbst wenn die Führungen der westlichen Länder sich keine allzu großen Sorgen zu machen scheinen, dass ihre Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die sich einmal mehr transatlantischen Interessen unterzuordnen haben, eines Tages einen hohen Preis für die Kurzsichtigkeit der russenfeindlichen Politik zahlen müssen.

Abschließend möchten wir erneut unsere Enttäuschung über die Versuche einer Gruppe von Teilnehmerstaaten zum Ausdruck bringen, die OSZE mit Druck dazu zu bringen, den Interessen der geopolitischen Konfrontation mit Russland zu dienen. Wir fordern den

polnischen Vorsitz dringend auf, zur Vernunft zu kommen, die Chancen für einen konstruktiven Dialog in unserer Organisation nicht zu zerstören und damit aufzuhören, die Themenbereiche der Arbeit der OSZE zu beschneiden. Um einen Weg aus der derzeitigen Krise zu finden, müssen wir von der fragmentarischen Sichtweise der Ereignisse abgehen und die Kausalzusammenhänge entsprechend berücksichtigen – mit einem Verständnis für die gesamte Tragweite der historischen Umstände bei der Entwicklung von Staaten.

Wir ersuchen, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

ich möchte von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen, um auf die Erklärung der Russischen Föderation zu antworten.

Der russische Vertreter hat einmal mehr eine Mischung aus Propaganda und Lügengeschichten verbreitet.

Ich habe mich immer über die Begeisterung und die Kreativität gewundert, mit der die russischen Diplomaten und Diplomaten ihre Gesprächsthemen und Weisungen aus der Hauptstadt vorbringen.

Doch gestern lieferte Wladimir Putin eine gute Erklärung dafür. Ich zitiere: „Jedes Volk, und insbesondere das russische Volk, wird immer die wahren Patrioten von dem Abschaum und den Verrätern unterscheiden können und diese einfach ausspucken wie eine Mücke, die ihnen zufällig in den Mund geflogen ist.“ Zitat Ende.

Das derzeitige russische Regime hat gerade den Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gibt. Jetzt dreht sich in Russland alles nur noch um die Loyalität zum Staat. Und alle Menschen, insbesondere die Staatsbediensteten, müssen ihre Loyalität beweisen. Und eines Tages werden sie ihren Dienst hier beenden und nach Russland zurückkehren müssen, in ein neues Russland.

Trotz alledem wiederhole ich wie bereits bei zahlreichen Gelegenheiten davor: Wenn Sie Beweise haben, übergeben Sie sie bitte dem Gericht.

Die Ukraine hat bereits eine Reihe von Verfahren eingeleitet, in denen diese Beweise vorgebracht werden können.

Und wir werden unsere Arbeit an der juristischen Front verstärken. Um alle Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. Für alles, was sie der Ukraine angetan haben.

Unserem Volk. Für jede terroristische Handlung der russischen Truppen auf unserem Staatsgebiet.

Wie ich in meiner Erklärung erwähnt habe, verkündete der Internationale Gerichtshof gestern seine Entscheidung, in der er Russland zur Einstellung seiner Feindseligkeiten auffordert.

Gestern sprach der Präsident der Ukraine mit dem Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag, Karim Khan.

Er ist bereits in der Ukraine und hat seine Arbeit aufgenommen.

Der Chefankläger des IStGH hat der Russischen Föderation auch ein offizielles Ersuchen übermittelt, in dem Moskau zur aktiven Beteiligung an dieser Untersuchung aufgefordert wird.

Doch ich bezweifle stark, dass Russland kooperieren wird.

Denn im modernen Russland ist alles auf Lügen aufgebaut.

Seine Armee. Seine Wirtschaft. Seine Geschichte – alles Lug und Trug.

Sie brauchen diese Lügengeschichten, um die Zerstörung fortzusetzen und neues Leid über unschuldige Menschen zu bringen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

dieser Ständige Rat ist ein bemerkenswerter Ständiger Rat. Dieser Ständige Rat wird in die Geschichte dieser Organisation, in die Geschichte der OSZE, eingehen.

Als dieser Ständige Rat heute Mittag unterbrochen wurde, gingen wir alle – die Kolleginnen und Kollegen im Saal hier ebenso wie die Kolleginnen und Kollegen, die uns online folgen – mit einer Drohung in die Mittagspause. Ich bin über 25 Jahre Diplomatin – etwas wie die heutige Sitzung habe ich in meiner Berufserfahrung noch nicht erlebt.

Der Vertreter der russischen OSZE-Delegation hat uns allen offen gedroht. Er hat den Kolleginnen und Kollegen hier offen und direkt gedroht. Er hat unseren jeweiligen Bevölkerungen in den OSZE-Staaten offen und direkt gedroht.

Wir alle haben in diesem Gremium in den vergangenen Wochen viele völlig inakzeptable Behauptungen, Geschichtsverdrehungen und Lügen der russischen OSZE-Delegation gehört. Und wir haben uns mit diesen Äußerungen auseinandergesetzt. Dies war auch heute der Fall – und dies war keine Überraschung.

Aber die Drohungen des Vertreters der russischen OSZE-Delegation, die er im Namen der Russischen Regierung hier heute vorgebracht hat, bringen die Äußerungen der Russischen Delegation auf ein völlig neues, bisher nicht gekanntes Niveau.

Die russische Delegation hat sich entschieden, am heutigen Ständigen Rat nur per Zoom teilzunehmen. Sie hatten nicht den Mut, ihre Drohungen hier im Raum auszusprechen. Aber das spielt keine Rolle.

Ich werde nicht auf die unzähligen Lügen und absurden Geschichtsverdrehungen der russischen Delegation eingehen, die sie auch heute hier geäußert haben. Aber seien Sie versichert: alles, was Sie heute hier geäußert haben – wir werden es uns merken.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1363
17 March 2022
Annex 18

Original: GERMAN

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der russische Vertreter hat uns gerade in seiner erneuten Äußerung gesagt, dass es einen Unterschied gebe zwischen Warnungen und Drohungen, und er hat dabei auf die Geschichte verwiesen.

Ich möchte dem Vertreter der Russischen Föderation darauf erwidern: Wenn Sie vor etwas warnen, worauf Sie Einfluss haben, dann ist dies eine Drohung.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ITALIENS**

Danke, Herr Vorsitzender,

Ich möchte von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen.

Ich beziehe mich auf die Erklärung des russischen Delegierten, insbesondere darauf, was seinen Worten nach auf dem Flughafen Pisa in Italien geschah. Diesbezüglich fürchte ich, hat die Russische Föderation nicht den vollständigen Inhalt der Berichte in der italienischen Presse berücksichtigt und es stattdessen vorgezogen hat, selektiv darauf Bezug zu nehmen.

Ich bin sicher, dass die russische Delegation in derselben Presse gelesen hat, dass die zuständige Stelle, das Gemeinsame Führungskommando der Teilstreitkräfte (COVI), alle Informationen über das für die Ukraine bestimmte Gerät übermittelt hat, welches ordnungsgemäß in das Zivilflugzeug verladen wurde.

Wir halten es für sehr wichtig, eine Nachricht vollständig, und nicht partiell und auf irreführende Weise, zu zitieren.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal der Sitzung beifügen zu lassen

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS**

Herr Vorsitzender,

erlauben Sie mir, von meinem Recht auf Erwiderung Gebrauch zu machen.

Jede Woche erleben wir in diesem Rat die Versuche der Delegation Russlands, des eigentlichen Aggressors, sich ein Alibi für seine militärische Invasion der Ukraine zu verschaffen, die in Wirklichkeit eine eindeutige Verletzung der territorialen Unversehrtheit der Ukraine und der grundlegenden Verpflichtungen und Prinzipien des Völkerrechts darstellt.

Machte sich Russland tatsächlich Gedanken über die Kriegsverbrechen, die Opfer unter der Zivilbevölkerung und die allgemeine humanitäre Lage in der Ukraine, dann würde es den Krieg beenden und seine Truppen abziehen und aufhören, überall in der Ukraine Häuser, Krankenhäuser und Schulen zu bombardieren.

Erneut möchte ich die russischen Kolleginnen und Kollegen nachdrücklich auffordern, ihre falschen Anschuldigungen einzustellen und Moskau zu übermitteln, dass dieser Krieg unverzüglich beendet werden muss.

Herr Vorsitzender,

für das Protokoll sei festgehalten, dass wir es vorgezogen hätten, wenn Russland auch an den Erörterungen in diesem Gremium zum heutigen, vom Vorsitz sorgfältig formulierten Tagesordnungspunkt 1 teilgenommen hätte. Wie von meiner kanadischen Kollegin heute Morgen festgestellt, denke auch ich, dass der Wortlaut dieses Tagesordnungspunkts so nahe wie möglich an einen Kompromiss herankommt.

Danke.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

ich hatte nicht die Absicht, mich zu diesem Tagesordnungspunkt zu äußern, dessen irreführenden Wortlaut Kanada als unerträglich empfindet. Jedoch möchte ich von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen, um auf die Erklärung von Herrn Buyakevich zu antworten. Ich ersuche darum, diese Erwidern zusammen mit meiner vorigen Erwidern auf Belarus zum selben Tagesordnungspunkt in das Journal des Tages aufnehmen zu lassen.

Herr Vorsitzender,

der russische Botschafter, Aleksander Lukashevich, ist heute nicht hier, um sein Land zu vertreten. Ich bedauere es zutiefst, dass ihm diese humanitäre Katastrophe es nicht wert ist, zu erscheinen, weder persönlich noch virtuell, geschweige denn, dass sie ihm nicht irgendeine Spur von Reue oder Mitgefühl wert wäre, wie unsere isländische Kollegin letzte Woche feststellte. Und doch bin ich trotz seines mangelnden Engagements sicher, dass, wie wir es bereits zuvor gesehen haben, die heute von Maxim Buyakevich abgegebene Stellungnahme später auf mid.ru als von Botschafter Lukashevich abgegeben auftauchen wird. Dies wird nur eine weitere kleine Lüge sein, eine in vielerlei Hinsicht belanglose im Vergleich zu der Liste von Lügen, die wir gerade vernommen haben, und doch symbolisch für den Wert, den die russische Regierung der Wahrheit beimisst. Es wird immer mehr zur Regel, dass die Russische Föderation diesen Rat dazu nutzt, ihr falsches Narrativ für ihr Publikum zuhause fortzusetzen.

Herr Vorsitzender,

acht Jahre lang herrschte eine unruhige, aber doch weitgehend stabile Waffenruhe entlang der Kontaktlinie im Donbass. Acht Jahre lang unternahm die Ukraine keinen Versuch, die besetzten Gebiete des Donbass anzugreifen oder sie mit Gewalt zurückzuholen.

Und doch will Russland uns glauben machen, dass, zum Zeitpunkt als schlussendlich nach einem Jahr der Vorbereitungen und des Aufwuchses 200 000 russische Soldaten bereitstanden, die Ukraine irgendwie beschlossen hätte, dies sei der richtige Zeitpunkt, um einen Angriff auf diese Gebiete zu starten. Und Russland will uns glauben machen, dies sei

der Grund für seine Invasion der Ukraine gewesen. Das ist lächerlich und es ist nicht der Grund, warum Russland in die Ukraine einmarschiert ist. Dies ist eine der elementaren Lügen, mit denen Russland versucht, seinen nicht zu rechtfertigenden Angriffskrieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen. Alles, was darauf folgte, waren noch mehr Lügen, um zu versuchen, weitere rückwirkende Begründungen für Russlands Entscheidung zu schaffen, Krieg gegen die Ukraine zu führen, und für seine darauf folgenden tagtäglichen Entscheidungen, Zivilpersonen, Krankenhäuser, Schulen, Gesundheitszentren und Gebäude wie das Mariupoler Theater, die als Zufluchtsorte für Zivilpersonen vor den Bombardierungen durch Russland dienen, anzugreifen.

Doch alle diese Lügen beruhen auf einer noch fundamentaleren Lüge und diese Lüge ist der wahre Grund dafür, dass Russland diesen Krieg begonnen hat. Es ist eine Lüge, die nur in der Vorstellung von Autokraten wie Wladimir Putin existiert: Nämlich die Lüge, dass die Ukraine kein richtiger Staat sei und es in Wirklichkeit kein ukrainisches Volk gebe. Doch das ukrainische Volk existiert, in einem Staat über ethnische, religiöse und sprachliche Grenzen hinweg vereint, und seit dem russischen Angriff auf seine Souveränität 2014 vereinter denn je. Und das ukrainische Volk hat sich als Reaktion auf Putins Einmarsch in seinem Land aufgelehnt. Die Ukrainerinnen und Ukrainer haben ihr Bekenntnis zur Souveränität ihrer Nation, zu ihrem Recht, ihre eigene Führung zu wählen und ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, unmissverständlich unter Beweis gestellt. Sie haben ihr Bekenntnis zu den Menschenrechten, zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und dazu, in Frieden und frei von der russischen Aggression ihre Kinder großziehen und ihr Land aufbauen zu wollen, bewiesen.

Der Verlust von Menschenleben unter der Zivilbevölkerung überall in der Ukraine ist zutiefst tragisch. Hätte Russland diesen Krieg gegen die Ukraine nicht begonnen, wäre all dieses furchtbare menschliche Leid des ukrainischen Volkes vermieden worden.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1363

17 March 2022

Annex 22

GERMAN

Original: FRENCH

1363. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1363, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FRANKREICHS

Da es der russische Vertreter nicht dabei beließ, diese Plattform als internes Propaganda-Instrument zu nutzen, und er die Dreistigkeit hatte, gewissen Teilnehmerstaaten, einschließlich meinem, zu drohen, möchte ich von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen.

Ich schließe mich den Anmerkungen der Botschafterin der Europäischen Union an. Außerdem möchte ich dem Vorsitz und der Generalsekretärin dieser Organisation sowie ihren Teams, deren angemessenes und sachdienliches Vorgehen in dieser Tragödie besonders hervorzuheben ist, meine ausdrückliche Anerkennung aussprechen. Soweit die russische und belarussische Aggression gegen die Ukraine dies erlauben, schützen sie die Organisation und ihren Konsens.

Was die Propaganda betrifft, so gibt es nur einen Grund für die Tragödie und die Zerstörung, die wir jeden Tag in der Ukraine beobachten: die von Belarus unterstützte Aggression durch Russland gegen die Ukraine.

Und was die Drohungen anbelangt, so wissen wir, dass sie die Waffen der Feiglinge und der Schwachen sind. Wenn sie über einen Bildschirm von jemandem, der nicht einmal der offizielle Vertreter der Russischen Föderation bei der OSZE ist, vorgebracht werden, ist dies schon fast absurd, ganz zu schweigen davon, dass es den grundlegenden diplomatischen Gepflogenheiten widerspricht.

Ich danke Ihnen und ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.